

Richtung aufwärts.

Wahlprogramm der Freien Demokraten
zur Landtagswahl in Brandenburg



ZY
ON

FDP

Richtung aufwärts.

Liebe Brandenburgerinnen,
liebe Brandenburger,

am 22. September haben Sie die Wahl. Die Wahl
über die Zukunft Brandenburgs.

Sind wir doch mal ehrlich: Unser Land wird seit
Jahrzehnten unter Wert verwaltet. Wir Freie
Demokraten wollen, dass Brandenburg Weltspitze
wird – bei Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft.

Statt immer neuer Schulden und Gesetze braucht
es endlich Entlastungen und Vertrauen in Bürger
und Betriebe. Wir kämpfen für Aufstieg durch
Leistung, neues Wachstum und eine moderne
Infrastruktur. Und wir stellen uns gegen die
überbordende Bürokratie, höhere Belastungen und
eine ideologische Verbotspolitik.

Setzen Sie am 22. September ein Zeichen und
entscheiden Sie sich für Freiheit und Fortschritt,
wirtschaftlichen Wohlstand und weltbeste Bildung.
Entscheiden Sie sich für die Freien Demokraten.



Ihr Zyon Braun

SPITZENKANDIDAT DER
FDP BRANDENBURG

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Wahlprogramm	6
Weltbeste Bildung für jeden	6
Frühkindliche Bildung	6
Digitalisierung der Bildung	7
Zukunftsfähiges Bildungssystem	9
Mehr Freiheit für bessere Schulen	10
Schulen, die auf das Leben vorbereiten	10
Zusammenhalt stärken, Schulklima verbessern	12
Lehrerbildung modernisieren	13
Bildung für Chancengerechtigkeit	14
Berufliche Bildung	15
Freie und konkurrenzfähige Hochschulen	16
Weltbeste Studienbedingungen	17
Wissenschaft und Wirtschaft verbinden - Transfer stärken	18
Zukunftsförderung für Brandenburg	19
Lebenslanges Lernen	20
Vorankommen durch eigene Leistung	22
Tempo für die Wirtschaft	22
Einfachere Regeln für kleine und mittlere Unternehmen	24

Startup- und Gründerkultur stärken	25
Kultur- und Kreativwirtschaft stärken	27
Aktivierender Sozialstaat	28
Moderne Landwirtschaft	29
Mobilität ist Freiheit	32
Straßenverkehr und das Auto	33
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	34
Radverkehr	35
Autonomer Verkehr	35
Schienenverkehr	36
Luftverkehr	37
Schifffahrt und Wasserstraßen	38
Fairer Wettbewerb in der Personenbeförderung	39
Infrastruktur ausbauen und erhalten	39
Brandenburg-Tourismus fördern	41
Die Wasserversorgung sichern	42
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	44
Bessere Ausstattung der Polizei	44
Extremismus bekämpfen	45
Bürgerrechte wahren	46
Justiz stärken	47
Cybersicherheit stärken	48

Freiwillige Feuerwehren	49
Notfall und Katastrophenschutz stärken	51
Ehrenamt fördern	52
Mehr Demokratie wagen	53
Kampfmittelräumung	53
Datenschutz	54
Hochwasserschutz	54
Trendwende in der Sucht- und Drogenpolitik	55
Förderung des Sports	56
eSport	57
Zukunftsfähige Gesundheitsversorgung	57
Leistungsstarke Pflege	59
Hebammenversorgung sicherstellen	61
Psychische Gesundheit schützen	61
Lehren aus Corona-Pandemie ziehen	63
Mehr Chancen durch bessere Teilhabe	63
Freiheit durch Emanzipation	64
Ein unkomplizierter Staat	66
Konsequenter Bürokratieabbau	66
Bauen schneller, günstiger und unbürokratischer ermöglichen	66
Zuständigkeiten für die Digitalisierung bündeln	68
Bürgernahe Verwaltung vorantreiben	68

Digitale Infrastruktur ausbauen	69
Konsequente Trennung von Kirche und Staat	70
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk verschlanken	70
Politik, die rechnen kann	72
Entlastung der Menschen und Unternehmen	72
Solide Finanzen	73
Starke Kommunen für ein starkes Land	75
Strukturwandel meistern, Metropolregion gestalten, Nachbarschaft pflegen	76
Nachhaltigkeit durch Innovation	78
Neue Energie für Brandenburg	78
Wasserstoffland Brandenburg	79
Klima- und Umweltschutz stärken	80
Forstpolitik von morgen	81
Jagdrecht modernisieren	82
Freiheit und Menschenrechte weltweit	83
Migration, Asyl & Integration	83
Brandenburg für die Welt öffnen	85
Zusammenarbeit mit Polen intensivieren	85
Solidarität mit der Ukraine	86
Bundeswehr in Brandenburg den Rücken stärken	87

Wahlprogramm

Weltbeste Bildung für jeden

Bildung ist die Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben in einer sich immer schneller ändernden Welt. Unsere Bildungspolitik steht für ein leistungsorientiertes und vielfältiges Schulsystem, das die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt. Unser Ziel ist es, jedes Kind und jeden Jugendlichen zur individuell bestmöglichen Bildung zu führen. Die Leitlinien liberaler Bildungspolitik sind Freiheit, Selbstverantwortung, Qualität und Leistung.

Frühkindliche Bildung

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Gerade deshalb ist es notwendig, ihnen von Anfang an die richtige Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen. Für uns steht fest: Weltbeste Bildung beginnt bereits in der Kinderkrippe.

- Wir werden eine echte Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung auf den Weg bringen. Dazu gehören die vollständige Erfüllung aller Betreuungsansprüche und eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten, mehr Fachberatung, bessere Ausstattung sowie eine Stärkung der Medienkompetenz. Gleichzeitig werden wir uns für eine beschleunigte Schaffung neuer Kita-Plätze einsetzen. Wir werden den Kommunen die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen.
- Wir priorisieren stets die Qualität der Kinderbetreuung und schauen nicht einseitig auf die Beitragsfreiheit. Eine hohe Betreuungsqualität ist entscheidend für die Entwicklung unserer Kinder und steht daher im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Egal ob in Krippe, Kindergarten oder Hort.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Betreuungs- und Öffnungszeiten von Kindertagesstätten nach dem tatsächlichen Bedarf richten. Zur Unterstützung von Eltern in Schicht- und Nachtarbeit werden wir 24-Stunden-Kitas fördern.
- Wir befürworten die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres vor der Einschulung. Dieses soll alle Kinder auf die schulischen Anforderungen vorbereiten, insbesondere im

Bereich der Sprachkompetenz. Kinder, die zum Zeitpunkt der Einschulung noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, werden wir gezielt fördern.

- Wir werden ein Maßnahmenpaket zur frühkindlichen MINT-Bildung auf den Weg bringen. Dazu gehören insbesondere Profilbildungen, Projekttag und die Zusammenarbeit mit Externen. Wir wollen insbesondere ein gezieltes Maßnahmenpaket für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich auf den Weg bringen.
- Den Kita-Fachkräftemangel werden wir entschieden bekämpfen. Dazu werden wir dafür sorgen, dass alle Ausbildungen zur Fachkraft in einer Kita künftig kostenfrei angeboten werden und zudem die Ausbildung selbst durch eine angemessene Ausbildungsentschädigung attraktiver gemacht wird. Darüber hinaus werden wir multiprofessionelle Teams aufbauen. Ausländische Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden. Wir planen darüber hinaus Anwerbeaktionen, insbesondere auch für männliches Personal.
- Wir werden mehr bilinguale Kita-Plätze schaffen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Erfolgsmodell der Sprach-KiTa auch in Zukunft in Brandenburg Bestand hat.
- Die abgebrochene KiTa-Rechtsreform werden wir wieder aufnehmen.

Digitalisierung der Bildung

Die Digitalisierung steckt voller Chancen für bessere Bildung: individuelles Lernen, innovative Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel. Machen wir davon Gebrauch! Unser Ziel ist ein Quantensprung für die digitale Bildung in Brandenburg.

- Schnelle Internetanbindungen und eine zeitgemäße technologische Ausstattung sind für unsere Schulen von höchster Bedeutung. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Schulen im Rahmen eines „Digitalpakt 2.0“ noch zielgenauer und unbürokratischer bei der Digitalisierung unterstützt werden. Dabei müssen wir aus den Erfahrungen mit dem ersten Digitalpakt lernen. Die Unterstützung des Bundes kann jedoch immer nur eine Ergänzung sein. Die Investitionen des Landes werden wir daher unabhängig davon erhöhen.

- Um die Lehrkräfte bei der Anwendung digitaler Lehrmethoden zu unterstützen, werden wir ein „Weißbuch Digitale Bildung“ erstellen und kontinuierlich fortschreiben. In ihm sollen alle empfohlenen Konzepte und geprüften Anwendungen gebündelt werden. Dabei kann es nicht nur um digitale Tools zur besseren Organisation des Schulalltages gehen, sondern um den gezielten Einsatz von hybriden Unterrichtsformaten und Bildungstechnologien (EdTechs).
- Wir unterstützen umfangreiche Schulungen und Fortbildungen für Lehrkräfte, um sicherzustellen, dass sie digitale Tools und Anwendungen effektiv in den Unterricht integrieren können. Dies beinhaltet auch die Vermittlung pädagogischer Konzepte für einen sinnvollen Einsatz digitaler Medien.
- Die Einführung flexibler und benutzerfreundlicher digitaler Lernplattformen hat für uns Priorität. Diese sollen eine individualisierte Gestaltung des Unterrichts ermöglichen und nahtlos in den Schulalltag integriert werden. Mit einer stärkeren Verankerung der digitalen Bildung im Curriculum stellen wir sicher, dass die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Anforderungen einer digitalen Gesellschaft vorbereitet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund Zugang zu digitalen Lernressourcen haben. Dies umfasst die gezielte Bereitstellung von Tablets oder Laptops sowie die Förderung digitaler Lehrmaterialien.
- Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Universitäten und Unternehmen fördern, um innovative Lösungen für die digitale Bildung zu entwickeln.
- Wir bekennen uns zu Datenschutz und -sicherheit als Grundpfeiler in der digitalen Bildung. Wir werden sie stärken, um das Vertrauen von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern in digitale Bildungsangebote zu stärken, ohne dabei neue bürokratische Hürden zu errichten.
- Die Grundlagen für digitale Souveränität müssen früh gelegt werden. Wir werden daher ein neues Förderprogramm aufsetzen, mit dem Kindertagesstätten digitale Infrastruktur und Ausstattung finanzieren können. Zudem wollen wir das Angebot der Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung ausbauen und einen Atlas „Digitale Kita“ einführen, der das

Angebot der digitalen Bildung ebenso wie die digitale Ausstattung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen differenziert erhebt und weitere Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

- Wir werden sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen Zugang zu den neuesten und relevantesten Lernmaterialien haben.
- Wir werden die enormen Chancen und Potentiale Künstlicher Intelligenz nutzen, um die Lehr-, Lern- und Prüfungskultur zu verbessern. Lehrkräfte wie Schülerinnen und Schüler brauchen Kompetenz im Umgang mit neuen Technologien. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Land den Einsatz von KI als Hilfsmittel offen mitgestaltet und die Weiterentwicklung digitaler Unterrichtskonzepte und Fortbildungen in ganz Brandenburg fördert. Pauschalen Verbotsforderungen erteilen wir eine klare Absage.

Zukunftsfähiges Bildungssystem

Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das Leistung würdigt, individuelle Begabungen fördert und Lehrkräften ermöglicht, sich auf ihre Kernkompetenz, das Unterrichten, zu konzentrieren.

- Wir machen uns für eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung stark, damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können. Das bildungspolitische Kooperationsverbot des Grundgesetzes wollen wir zu einem Kooperationsgebot umwandeln.
- Die Vielfalt der Schullandschaft werden wir erhalten und stärken. Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Schulformen lehnen wir entschieden ab. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Kinder mit ihren unterschiedlichen Begabungen möglichst individuell gefördert werden.
- Wir befürworten die flächendeckende Einrichtung von Leistungs- und Begabungsklassen (LuBK) in allen Landkreisen des Landes Brandenburg. Die willkürliche Begrenzung der Leistungs- und Begabungsklassen werden wir abschaffen.
- Schulen müssen vermitteln, dass man sich mit Fleiß und Talent etwas erarbeiten und auf das Erreichte stolz sein kann. Eine Abkehr vom Leistungsprinzip durch die Abschaffung von Schulnoten oder des Sitzenbleibens ist daher mit uns nicht zu machen.

- Lehrkräfte sollten sich auf das Unterrichten konzentrieren können. Wir werden den Ausbau und die Stärkung multiprofessioneller Teams voranbringen.
- Wir setzen uns für eine angemessene Raum- und Sachausstattung aller Schulen ein.

Mehr Freiheit für bessere Schulen

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in Freiheit und Verantwortung die Organisation des Schulbetriebs so gestalten können, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler vor Ort entspricht und zum sozialen Umfeld der Schule passt.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Entscheidungen über die Verwendung der finanziellen Mittel sowie die Personalhoheit den Schulen übertragen werden. Hierfür werden wir ein brandenburgisches Schulfreiheitsgesetz auf den Weg bringen. Eine Unterscheidung der Selbstständigkeit in pädagogische und finanzielle Aspekte halten wir nicht für zielführend.
- Um die Autonomie der Schulen zu stärken und den Bürokratieabbau voranzubringen, werden wir alle staatlichen Schulämter im Land Brandenburg abschaffen.
- Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Baustein unserer Bildungslandschaft. Wir werden Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft endlich gleichberechtigt behandeln.
- Unsere Kinder verfügen über vielfältige Begabungen. Deshalb setzen wir uns für eine vielfältige Träger- und Bildungslandschaft ein. Wir werden deshalb die Anforderungen an die Gründung neuer Schulen verringern.

Schulen, die auf das Leben vorbereiten

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulbildung in Brandenburg die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt, sich in einer digital vernetzten und dynamischen Welt zurechtzufinden, ihre kreativen und unternehmerischen Fähigkeiten zu entfalten, soziale Verantwortung zu übernehmen und praxisnahe Erfahrungen zu sammeln. Dadurch sollen sie in die Lage versetzt werden, informierte Entscheidungen für ihre persönliche und berufliche Zukunft zu treffen.

- Das Schulfach Informatik werden wir zu einem Pflichtfach erheben. Die Funktionsweise und das Verständnis der Entwicklung digitaler Anwendungen muss für Brandenburgs Schülerinnen und Schüler genauso selbstverständlich sein wie deren Nutzung. Auch mit

Desinformation, Hatespeech, Cybermobbing, Datenschutz und Onlinesucht richtig umgehen zu können, müssen die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schülern mehr Kenntnisse über unser Finanz- und Wirtschaftssystem erhalten und ihr Gründergeist sowie ihre Innovationsfreude schon im Schulalter geweckt und gefördert wird. Hierfür sollen unter anderem regelmäßig Projekttag durchgeführt werden.
- Wir werden regelmäßig verbindliche Schulpraktika zur Berufsorientierung ab der 6. Klassenstufe in allen Schulformen einführen, damit Schülerinnen und Schüler die verlässliche Möglichkeit bekommen, regelmäßig im Schulalltag Einblicke in verschiedene Berufsbilder zu erhalten.
- Um die Unterrepräsentation von Frauen im MINT-Bereich aufzubrechen, werden wir eine zielgruppengerechte Ansprache und geschlechtersensible Berufsorientierung fördern. Darüber hinaus werden wir außerschulische Lernorte und Wettbewerbe im MINT-Bereich stärker unterstützen, um der Bedeutung dieser Angebote für die Begeisterung junger Menschen für naturwissenschaftliche Themen gerecht zu werden. Zudem werden wir evaluieren, in welchem Umfang außerschulische MINT-Angebote schon curricular in den Schulen verankert sind.
- Um Schülerinnen und Schüler schon früh mit der beruflichen Praxis in Verbindung zu bringen, werden wir Schulen dazu anhalten, mit regionalen und überregionalen Unternehmen Kooperationen einzugehen.
- Wir wollen die Ersthelfer- und Notfallkompetenz in Brandenburg stärken und Erste-Hilfe-Kurse fest im Rahmen des Schulunterrichts verankern. Hierbei werden wir Organisationen wie das Technische-Hilfswerk oder die Feuerwehr einbeziehen.
- Um die präventive Gesundheitsvorsorge zu stärken, werden wir Gesundheitskompetenzen vermitteln. Die physische und psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler wird in Zusammenarbeit mit haupt- und ehrenamtlichen Partnern wie Sportvereinen in den Unterricht integriert.

Zusammenhalt stärken, Schulklima verbessern

Ein harmonisches und respektvolles Schulumfeld ist essentiell für die Entfaltung und das Wohlbefinden aller Schülerinnen und Schüler. Unsere Mission ist es, eine Kultur des Zusammenhalts und der gegenseitigen Achtung an Brandenburgs Schulen zu etablieren.

- Wir werden eine Null-Toleranz-Strategie gegen Mobbing an Schulen verfolgen. Lehrkräfte werden wir gezielt und regelmäßig in der aktiven Erkennung und Bekämpfung von Mobbing sowie im Umgang mit Täterinnen, Tätern und Opfern schulen. Regelmäßige Aufklärungsveranstaltungen an Schulen sind nötig, in denen gegen Mobbing vorgebeugt wird. Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern ein.
- Schulen müssen Orte der Vielfalt sein. Politischem wie religiösem Extremismus müssen Schulleitungen, Bildungsministerium und Polizei daher entschlossen Einhalt gebieten. Neben der professionellen Aus- und Fortbildung bei Konfliktbewältigung und Deeskalation ist die Fürsorgepflicht des Staates dabei essenziell. Wir werden den Lehrkräften bei der schwierigen Aufgabe der Werte- und Demokratievermittlung engagierter den Rücken stärken, als dies bislang der Fall ist. Die Schülerinnen und Schüler unseres Landes müssen in ihrer Schullaufbahn ganz selbstverständlich mit Politikerinnen und Politikern in Kontakt gebracht werden, um Demokratie erlebbar zu machen.
- Israel- und Judenhass dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben. Lehrkräfte spielen eine zentrale Rolle dabei, Schülerinnen und Schüler aufzuklären und Antisemitismus entgegenzuwirken. Dazu gehört, den Nahostkonflikt altersgerecht zu behandeln und klar einzuordnen. Wir werden Lehrkräfte bei dieser Aufgabe stärker unterstützen, etwa durch Fortbildungen oder die Entwicklung von Unterrichtsmaterial zur Antisemitismusprävention.
- Wir setzen uns dafür ein, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal innerhalb der Schullaufbahn eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht.
- Neben dem Englischen als erster Fremdsprache möchten wir Polnisch als unsere Nachbarsprache in allen Schulen größeren Raum einräumen.

- Wir werden eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für sonderpädagogisches Lehrpersonal auf den Weg bringen. Schulpsychologinnen und -psychologen sollen verstärkt in Schulen präsent sein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in Brandenburg Zugang zu gesunder und ausgewogener Ernährung erhalten. Basierend auf den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung werden wir höhere Standards bei der Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen setzen.

Lehrerbildung modernisieren

Weltbeste Bildung für jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen und Lehrern. Wir werden die Lehrerbildung grundlegend modernisieren und an die aktuellen sowie zukünftigen Bedürfnisse des Bildungssystems anpassen.

- Wir streben eine bundeseinheitliche Umstrukturierung des Lehramtsstudiums an, das künftig in drei Kategorien unterteilt wird: Grundschul-, Sekundarschul- und Berufsschullehramt. Das Studium soll als fünfjähriger dualer Studiengang gestaltet werden, wobei die Theorieanteile reduziert und durch Praxiserfahrungen ersetzt werden. Ziel ist es, den Praxischock bei Lehramtsabsolventen zu vermeiden, indem das Studium kontinuierlich mit praktischen Erfahrungen an Schulen kombiniert wird.
- Die fachwissenschaftlichen Inhalte in der Lehrerbildung werden wir praxisnäher und knapper gestalten, wobei die Fachdidaktik und Bildungswissenschaften gleichwertig zu den Fachwissenschaften behandelt werden sollen.
- Schulen werden wir eine aktive Rolle bei der Auswahl und Ausbildung von Lehramtsstudierenden einräumen, wodurch eine bedarfsgerechte Ausbildung sichergestellt wird.
- Lehrkräfte werden als Mentoren für Lehramtsstudierende agieren und für diese Tätigkeit qualifiziert sowie besser entlohnt werden.
- Das Referendariat als fünftes Ausbildungsjahr wird neben dem Unterrichten auch Erfahrungen in Klassenleitung und Schulmanagement vermitteln.

- Lehrkräfte werden von uns auch nach der Lehrerausbildung nicht alleine gelassen. Dazu bedarf es in erster Linie eine 100-prozentige Lehrerversorgung an Schulen, damit Lehrkräfte nicht an Über- und Vertretungsstunden ersticken. Die Attraktivität des Lehrberufs kann nur erhöht werden, wenn wir grundlegende Lösungen für die Reduzierung der Mehrbelastungen durch den Lehrernotstand herstellen und somit den Lehrkräften mehr Freiraum in ihrer Lehrlaufbahn ermöglichen. Wir setzen uns daher in Brandenburg für die schnellstmögliche Umsetzung des von der Kultusministerkonferenz im März 2024 beschlossenen Maßnahmenpakets zur Minderung des Lehrermangels sowie für darüber hinausgehende Maßnahmen zur Reduzierung des Lehrernotstandes ein.
- Lehrerinnen und Lehrer werden wir zu jährlichen Fortbildungen verpflichtet, um ihre Fähigkeiten kontinuierlich zu erweitern und zu aktualisieren.
- Wir werden die Steigerung der Studienplätze in Fächern mit Unterversorgung, aber Überbelegung, umsetzen, um die Zahl der Absolventen zu erhöhen.
- Die Gründung einer innovativen pädagogischen Hochschule in Brandenburg werden wir unterstützen. Das Ziel ist es, eine dynamische Institution zu etablieren, die Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts qualifiziert und befähigt.

Bildung für Chancengerechtigkeit

Jedes Kind hat das Recht auf eine Bildung, die seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht. Wir sind bestrebt, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, das Vielfalt als Stärke sieht und jedem Kind, unabhängig von seinen individuellen Herausforderungen, faire Bildungschancen bietet.

- Wir setzen uns für den Erhalt der Förderschulen ein. Dort, wo die Förderschulen bereits ausgelaufen sind oder wo es spezielle regionale Bedürfnisse gibt, wollen wir die Einrichtung von Kooperationsklassen (Förderschulklassen an Regelschulen) unterstützen. Damit schaffen wir für die Kinder die Chance, in einem speziell auf sie zugeschnittenen Umfeld zu lernen.
- Die Förderung von Inklusionsmaßnahmen muss an öffentlichen und privaten Schulen gleichberechtigt erfolgen.

- Wir werden Schülerinnen und Schülern mit Lernschwächen mehr Aufmerksamkeit durch die Lehrkräfte verschaffen, um Schwächen abzubauen.
- Um den individuellen Leistungsentwicklungen gerecht zu werden, werden wir die Übergänge zwischen allen Schulformen durchlässiger gestalten.
- Wir setzen uns für eine gezielte und verstärkte Förderung hochbegabter Kinder ein.
- Durch die Einrichtung von Talentschulen wollen wir unter anderem Schulen an sozial benachteiligten Standorten zum Beispiel mit mehr Lehrkräften und Sozialarbeitern ausstatten.
- Berufliche Schulen und Oberstufenzentren werden wir zu Berufsschulzentren nach dem Vorbild Sachsens weiterentwickeln, um Schulabbrecher und -verweigerer mit und ohne Lernschwächen besser aufzufangen und in einem langsamen Verfahren einen Schul- und Berufsabschluss inklusive berufsvorbereitendem Jahr zu ermöglichen.

Berufliche Bildung

Gut qualifizierte Fachkräfte sind das Kapital unseres Landes. Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen, vor der wir stehen. Aber immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine Ausbildung trotz sehr guter Karriereaussichten. Wir werden der beruflichen Bildung in Brandenburg neuen Schub geben.

- Meister und Master sind für uns gleichwertig. Wir erkennen daher die Meisterqualifikation als zentraler Baustein für Qualität und Innovationskraft des deutschen Handwerks an. Wir setzen uns dafür ein, dass Handwerkerinnen und Handwerker bei Eignung für die Meister-Ausbildung ebenso gefördert werden wie Studierende auf dem Weg zum Masterabschluss, zum Beispiel durch den Ausbau des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes, inklusive Förderung von Teilzeitfortbildungen. Zudem wollen wir in Brandenburg einen Meister-Bonus auf bayerischem Niveau.
- Wir machen uns für die Modernisierung und Förderung der beruflichen Bildung in Brandenburg nach dem Vorbild der Exzellenzinitiative für Berufliche Bildung auf Bundesebene stark. Wir wollen sie individueller, innovativer und internationaler gestalten.

- Die Berufsschulstandorte im Land Brandenburg werden wir durch eine moderne, digitale Ausstattung stärken.
- Wir werden die Durchlässigkeit zum Hochschulstudium nach erfolgreicher Berufsausbildung verbessern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass berufsorientierende Maßnahmen an Gymnasien akademische und berufliche Karrierewege gleichermaßen berücksichtigen.
- Die Entwicklung und der Einsatz von KI-Systemen im Rahmen der beruflichen Bildung verstehen wir als Chance, bürokratische Hürden zu nehmen und Lehrkräfte zu entlasten.

Freie und konkurrenzfähige Hochschulen

Brandenburg verfügt über eine breite, thematisch gut aufgestellte Hochschullandschaft, die es zu stärken und weiterzuentwickeln gilt.

- Forschung und Innovation brauchen Freiheit und das Verständnis, dass neue Technologien und Forschungsergebnisse zunächst als Chance und nicht als Bedrohung zu verstehen sind. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung eines technologie- und innovationsfreundlichen Klimas an Brandenburgs Hochschulen sowie für Erfindergeist und freies Unternehmertum ein.
- Hochschulen werden wir größtmögliche Autonomie in Selbstorganisation, Forschungsfokus, Personalauswahl und der Verwendung finanzieller Mittel gewähren. Das Land wird sich vorrangig auf die Rechtsaufsicht konzentrieren.
- Wir werden den Hochschulen ermöglichen, alte Strukturen aufzubrechen und neue Strukturen zu erproben (Departements- statt Institutsstruktur, Matrixstruktur für Großforschungsprojekte).
- Die Höhe der Forschungsausgaben werden wir kontinuierlich steigern. Relevante Messgröße ist dabei keine pauschale, feste Summe, sondern die Relation zur Zahl der Forschenden in Brandenburg.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Forschungskomponente als Teil der Grundfinanzierung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen stärker berücksichtigt wird.
- Wir unterstützen die Gründung eines Promotionskollegs durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen, um Promotionen an diesen Einrichtungen zu ermöglichen.
- Es ist notwendig, dass Brandenburg seinen eigenen Fachkräftebedarf deckt. Dafür werden wir das Studienangebot und die Lehrkräftezahl, insbesondere in den Bereichen Medizin, Pharmazie, Lehramt, Polizeidienst, IT und Ingenieurwesen, neu ausrichten.
- Wir werden eine Evaluation des Zeiteinsatzes für wissenschaftliche, akademische, nichtwissenschaftliche und Lehrtätigkeiten vornehmen, um Stellenbeschreibungen, Lehrdeputate und Stellenpläne anzupassen.
- Wir unterstützen den Ausbau von Präsenzstellen zu Forschungsstandorten im ländlichen Raum.
- Wir werden eine Reform des Landeshochschulrates auf den Weg bringen, um eine breitere und praxisnahe Besetzung durch Vertreter der Hochschulen, Studierendenschaft, Personalvertretungen, Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsverbänden und externen Wissenschaftlern zu gewährleisten.
- Wir werden ein „Sonderprogramm Bau“ für Forschungsgebäude in Brandenburg auf den Weg bringen. Um die schlauesten Köpfe anzuziehen, brauchen wir auch Forschungsgebäude auf Spitzenniveau.
- Zur Stärkung der Lehre werden wir es den Hochschulen ermöglichen, Senior-Professuren einzurichten.

Weltbeste Studienbedingungen

Unser Ziel ist, dass Studierende in Brandenburg ihr volles Potenzial entfalten können.

- Wir unterstützen das Vorhaben, Vorlesungen zu digitalisieren und aufzuzeichnen. Diese sollen nach anglo-amerikanischem Vorbild der gesamten Bevölkerung zugänglich gemacht werden.
- Um die Abbrecherquote zu senken, werden wir den Ausbau der Studieninformation an Gymnasien und Gesamtschulen fördern. Dazu gehören die verstärkte Nutzung des Schnupperstudiums, flexible Wechselmöglichkeiten zwischen Studiengängen in den ersten drei Semestern, sowie Angebote eines Vorstudiums und Studium generale.
- Wir werden Studienabbrecher-Beratungen zu einer verpflichtenden Beratungsleistung einrichten, bevor ein zweites Studium aufgenommen werden kann. Ziel ist es, Karriereoptionen und -einstiege in der beruflichen Ausbildung und alternative Karrieren aufzuzeigen.
- Wir streben den Ausbau moderner, gut ausgestatteter Bibliotheken an, mit mehr digitalen Lizenzen und Gemeinschaftsarbeitsplätzen, um Austausch und Gruppenarbeit zu fördern.
- Zur Verbesserung des Verhältnisses von Lehrkräften zu Studierenden planen wir eine Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte.
- Wir setzen uns für eine finanzielle Stärkung der Studierendenwerke ein. Durch eine Neuorganisation, etwa durch die Zusammenlegung der Studierendenwerke Potsdam und Frankfurt/Oder, streben wir Effizienzgewinne an. Lokale Büros werden jedoch an allen Hochschulstandorten erhalten bleiben.
- Um mehr Studierende in Brandenburg zu halten, an das Land zu binden und das Pendeln aus Berlin zu reduzieren, werden wir mehr studentisches Wohnen fördern.

Wissenschaft und Wirtschaft verbinden - Transfer stärken

Jedes Wissen baut auf Vorwissen auf, Erkenntnisse wachsen teilweise über Jahrzehnte. Am Ende stehen oft bahnbrechende Innovationen, die für alle Menschen nützlich sind. Wir setzen uns dafür ein, dass das exzellente Wissen aus Brandenburgs Hochschulen schneller als Produkte auf den Markt kommt.

- Wir setzen uns für den Ausbau von Transferzentren ein, um das Angebot zu erweitern und mehr Workspaces für gründende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierende einzurichten.
- Gründungsprojekte sollen als Grund für Studienunterbrechungen oder Freisemester anerkannt werden und keine negativen Auswirkungen auf den BAföG-Bezug zur Folge haben.
- Wir streben eine bessere Begleitung und effizientere Gestaltung des Übergangs zum außeruniversitären Arbeitsmarkt für Absolventinnen und Absolventen an. Dies soll auch den Druck auf Promotions- und Professorenstellen verringern.
- Die Gründung neuer Science Parks, die Hochschul- und außeruniversitäre Institute sowie Technologieunternehmen zusammenbringen, soll gefördert werden. Diese sollen als Katalysatoren wirtschaftlicher Entwicklung dienen.
- Wir unterstützen die Gründung einer Landesstiftung für die Wissenschaft unter Beteiligung der Wirtschaft, um Vorhaben schneller umzusetzen, angelehnt an das Vorbild aus Baden-Württemberg.

Zukunftsförderung für Brandenburg

Wir treten für eine leistungsorientierte Förderung der klügsten Köpfe an Brandenburgs Hochschulen ein. Wir Freie Demokraten möchten Studierende entlasten und Talente und besondere Anstrengung stärken. Denn wer sich auf sein Studium konzentrieren kann, schließt besser ab.

- Studiengangbezogene Stipendien wie das Landärztestipendium und das Lehrerstipendium werden wir zu Vollstipendien ausbauen, um ihre Effektivität zu steigern.
- Wir unterstützen, angelehnt an das Vorbild des Elitenetzwerks Bayern, die Gründung eines eigenen Förderwerks in Brandenburg. Dieses soll attraktive Förderprogramme für exzellente Studierende, Promovierende, Postdocs und Nachwuchsgruppenleiter anbieten.
- Die Flexibilität der Hochschulen wird durch ein ausgewogenes Verhältnis von befristeten und unbefristeten Stellen erhalten.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, streben wir den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und Dual Career Services an Hochschulen an.

- Wir setzen uns für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung für volljährige Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende ein. Junge Menschen sind eigenständige Persönlichkeiten, die sich selbst für ihren Ausbildungsweg entscheiden wollen.

Lebenslanges Lernen

Schnellere technische Innovationszyklen und sich ständig verändernde Produktionstechniken, aber auch die zunehmende Rolle von KI, führen zu einer herausragenden Bedeutung von berufsbezogener Aus-, Fort- und Weiterbildung. Insbesondere der Mittelstand als Stützpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft muss durch den Aufbau einer entsprechenden Bildungsinfrastruktur unterstützt werden, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass das Bildungssystem nicht nur durchlässig ist, sondern in allen Phasen des Lebens Angebote vorhält, die Menschen für den eigenen Lebensweg benötigen. Neben den Angeboten der beruflichen Bildung und der Hochschulen kommt dabei den Volkshochschulen und anderen anerkannten Bildungsträgern in Brandenburg eine besondere Bedeutung zu. Wir werden die Rolle dieser Einrichtungen in der Weiterbildungsberatung weiter stärken.
- Wir werden eine Bildungsgarantie für alle Altersgruppen etablieren. Dazu gehören unter anderem der barrierefreie und mit dem ÖPNV erreichbare Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsstätten und altersgruppenspezifische Bildungsangebote.
- Wir unterstützen innovative Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu der jeder Bürger, unabhängig seines formellen Bildungsgrades, Zugang bekommen soll. Deren Bildungsinhalte werden in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) online zur Verfügung gestellt.
- Wir werden über die allgemeinbildenden Schulen hinaus Angebote zur Vermittlung von Medienkompetenz und einen kompetenten Umgang mit persönlichen Daten stärken.
- Wir werden die Präventionsarbeit für Seniorinnen und Senioren stärken, um der Zunahme von Trickbetrugs- und Eigentumsdelikten entgegenzuwirken und das Sicherheitsgefühl zu stärken.

- Gute Kenntnisse im Bereich der Digitalisierung ermöglichen auch ein verstärktes Engagement älterer Menschen. Denn Seniorinnen und Senioren sind aktiv in allen Bereichen, möchten am gesellschaftlichen Leben aktiv teilhaben und ihre Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen. Das werden wir fördern.

Vorankommen durch eigene Leistung

In Brandenburg steckt bisher nicht genutztes Potential. Wir werden Handbremsen lösen, um unsere Heimat gestalten zu können und die vor uns liegenden Chancen ergreifen zu können. Wir wollen einen Staat, der nicht alles reglementiert, sondern faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer sicherstellt. Das Prinzip „Privat vor Staat“ ist Ausdruck unserer liberalen Grundhaltung. Herausforderungen wie den Strukturwandel in der Lausitz oder die Gestaltung der Metropolregion nehmen wir gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburger an. Für uns stehen dabei vor allem die Chancen zur Gestaltung unserer vielseitigen Regionen im Vordergrund. Wir glauben, dass in dem Transformationsprozess der nächsten Jahre unzählige Chancen auf Brandenburg warten, die wir ergreifen wollen.

Tempo für die Wirtschaft

Unternehmerisches Denken und Handeln bringt unser Land voran. Statt Ideen und Tatendrang mit Gesetzen und Verordnungen zu begrenzen, setzen wir auf die Eigenverantwortung und vertrauen unseren Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir wollen gemeinsam und auf Augenhöhe mit Unternehmen und Betrieben mehr Tempo für die Wirtschaft organisieren und sehen es als unsere Aufgabe, die besten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft zu setzen und Trendwenden in der wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen.

- Wir werden Brandenburg zu einer Freiheitszone für Unternehmen entwickeln. Wir setzen für beste wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen zu erleichtern und Handwerk und Mittelstand den Rücken frei zu halten. Dazu gehört insbesondere eine möglichst niedrige Steuerbelastung, aber auch eine schnelle, digitale, mehrsprachige Verwaltung. Entscheidend für die Gestaltung unserer Wirtschaft der Zukunft ist eine gute Infrastruktur.
- Brandenburg verfügt über gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie über gute Voraussetzungen zur Schaffung attraktiver Gewerbe- und Industrieflächen. Damit Brandenburg seine Potenziale bestmöglich ausschöpft, werden wir gemeinsam mit den Kommunen neue Mindeststandards für Gewerbe- und Industrieflächen definieren und die Kommunen bei der Errichtung neuer Gebiete unterstützen. Unser Ziel sind beste Bedingungen für unsere Betriebe im nationalen und internationalen Wettbewerb.

- Wir werden die Ansiedlung großer Unternehmen weiter forcieren, um die Arbeitsplätze der Zukunft nach Brandenburg zu holen. Hierbei setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize und nicht auf Subventionen. Um Ansiedlungen nicht weiter dem Zufall zu überlassen, werden wir eine Ansiedlungsstrategie vorlegen, welche auch die Interessen der Kommunen berücksichtigt und diese auf den weiteren Prozess vorbereitet. Um eine echte Willkommenskultur für Ansiedlungen zu schaffen, braucht es den Schulterschluss zwischen Land und Kommunen.
- Wir werden Investitionsentscheidungen verlässlicher machen, indem wir die Genehmigungsprozesse innerhalb und zwischen den einzelnen Behörden deutlich effizienter gestalten. Zusätzliches Personal kann dabei ein Element sein, ist aber nicht das Allheilmittel. Wichtiger sind Vernetzung und Schulung der Mitarbeiter sowie eine Kultur des „Ermöglichens“. In Genehmigungsverfahren soll die genehmigende Behörde dem Antragsteller eine zeitliche Befristung für die Prüfung der eingereichten Unterlagen mitteilen.
- Wir werden unternehmerische Investitionen durch eine Infrastrukturoffensive unterstützen, die durch Genehmigungsfiktionen für Standardprojekte wie Glasfaserausbau, Mobilfunk, Ladeinfrastruktur und Stromnetze den notwendigen Infrastrukturausbau vorantreibt.
- Um die Attraktivität für Investoren zu erhöhen, werden wir Angebots-Baupläne flexibilisieren und vereinfachen, um als attraktiver Partner auf Nachfrage reagieren zu können und nicht in starren Plänen festzulegen. Damit werden wir auch die Verwaltungsgeschwindigkeit dieser Prozesse erhöhen, um Brandenburg einen eigenen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.
- Ein Schlüssel zur Gewinnung von Fachkräften sind neben den Arbeitsbedingungen die Rahmenbedingungen zur guten Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und die soziale Infrastruktur von Kita, Schule und anderen Angeboten vor Ort. Wir werden unsere Kommunen wirtschaftsfreundlich machen und weitere Ansiedlungen von Unternehmen gemeinsam planen und umsetzen.
- Wir werden uns für eine gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes einsetzen und eine Landesinitiative starten. Die in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehene wöchentliche Höchstarbeitszeit soll die tägliche Höchstarbeitszeit ablösen und so mehr Flexibilität ermöglichen. Damit bringen wir ganze Branchen aus der Illegalität bei der

Arbeitszeiterfassung und ermöglichen gleichzeitig eine bessere Vereinbarung von Beruf und Familie.

- Wir werden den Landesentwicklungsplan länderübergreifend denken und dem Flächenkonzept für Ansiedlungen und Wohnraum in der Metropolregion ein Update geben.
- Unternehmen müssen in Ruhe arbeiten können. Wir werden für geringere Frequenzen bei Sozialversicherungs- und Betriebsprüfungen sorgen.

Einfachere Regeln für kleine und mittlere Unternehmen

Kleine und mittelständische Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen Handwerk und Mittelstand durch unser Versprechen, sie mit neuer und teurer Bürokratie in Ruhe zu lassen, eine Zukunft geben. Nach den Jahren der Krise und des Ungewissheit braucht es Planungssicherheit durch die Politik und einen Dialog auf Augenhöhe, um Arbeitsplätze zu sichern und Wohlstand auszubauen.

- Oberste Priorität unserer Wirtschaftspolitik ist der konsequente Bürokratieabbau. Statt mehr Vorschriften und Regulierungen, durch die Kosten weiter in die Höhe getrieben werden, verdienen unsere Unternehmerinnen und Unternehmer mehr Vertrauen und die Freiheit, selbst entscheiden zu können. Wir wollen Brandenburg durch die Entbürokratisierung unserer Wirtschaft entfesseln und die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Wertschöpfung zu erhöhen und neue Perspektiven aufzuzeigen.
- Wir werden das Ladenschlussgesetz abschaffen. Wir werden Einzelhändlern die Möglichkeit geben, zu öffnen, wann sie wollen und können. Damit erreichen wir faire Wettbewerbsbedingungen zum Online-Handel, beleben unsere Innenstädte und tragen den Bedürfnissen der Menschen Rechnung. Der Handel darf nicht weiter darauf angewiesen sein, Genehmigungen von der Politik für verkaufsoffene Sonntage zu erhalten. Er muss selbst entscheiden können, wie er Arbeitsplätze vor Ort sichert und sich gegen den Online-Handel behauptet. Wir ermöglichen die 7-Tage-Woche.
- Wir werden die Wirtschaftsförderung und das Beratungs- und Unterstützungsangebot neu aufstellen, um eine hohe Beratungsqualität sicherzustellen und Personalkosten zu senken. Finanzielle Unterstützung muss bei den Unternehmen und Betrieben ankommen und darf

nicht in der eigenen Verwaltung aufgebraucht werden. Zudem darf die Gründungsberatung nicht länger mit der Gründung des Unternehmens enden, sondern soll die Unternehmer durch die Frühphase des neu gegründeten Unternehmens lotsen.

- Im Rahmen des Existenzgründungspreises werden wir eine Kategorie für gelungene Unternehmensnachfolge etablieren, um die Herausforderung des Generationswechsels angemessen zu würdigen und an den Erfahrungen zu partizipieren.
- Viele erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer werden in den kommenden Jahren ihre Betriebe an nachkommende Generationen übergeben oder aufgeben. Um einen erfolgreichen Betriebsübergang sicherzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Perspektiven zu geben, werden wir spezielle Förderprogramme für Unternehmensnachfolgen auflegen und Beratungsangebote zusammen mit den Kammern ausbauen.
- Besonders im Handwerk ist es schwierig, Fachkräfte und Nachwuchs zu gewinnen. Einen besonderen Fokus werden wir dabei auf das Thema Unternehmensnachfolge im Handwerksbereich richten. Ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen, ist auch eine Form der Existenzgründung. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die Schlüsselvoraussetzung, damit Unternehmensübergänge gelingen.
- Wir werden uns für die Gleichwertigkeit von Meister und Master einsetzen. Dazu zählt auch, dass der Meister nicht am Geldbeutel scheitern darf. Daher werden wir durchsetzen, dass Handwerkerinnen und Handwerker für die Meisterausbildung ebenso gefördert werden wie Studierende für den Master.

Startup- und Gründerkultur stärken

Wir werden es mit den Startup- und Gründungsstandorten Deutschlands aufnehmen! Durch beste Rahmenbedingungen und eine neue Förderlandschaft und eine auf Ausgründungen setzende Netzwerkstruktur von Universitäten und Hochschulen mit Partnern aus der Privatwirtschaft werden wir Gründerinnen und Gründer bei der Verwirklichung ihrer Idee unterstützen und Brandenburgs Zukunft gestalten.

- Wir werden die Forschung in die Anwendung bringen und ein neues Ausgründungskonzept für Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorlegen, welches Erfinderinnen und Erfinder

und ihre Idee in den Mittelpunkt stellt und Ausgründungshürden beseitigt. Gründerinnen und Gründer sollen das Recht erhalten, ihre neue Technologie in ein Startup einzubringen, an dessen Erfolg die Forschungseinrichtung später teil hat. Wenn in Verhandlungen kein rechtlicher Rahmen für diese Beteiligung gefunden wird, gibt es einen Baukasten, mit dem Entwicklerinnen und Entwickler einer Idee ihre Ausgründung durchsetzen können. Innovation ist für Brandenburg als rohstoffarmes Land eine wichtige Quelle für wirtschaftliches Wachstum, zukunftsfeste Arbeitsplätze und damit gesellschaftlichen Wohlstand in Brandenburg.

- Wir werden unsere Hochschulen fit machen. Um Ideen entwickeln zu können, die in Startups münden, müssen beste Rahmenbedingungen vorliegen. Wir werden den Sanierungsstau an Forschungsgebäuden anpacken und die räumlichen Bedingungen auf ein Spitzenniveau bringen. Das sind Investitionen in die Zukunft Brandenburgs.
- Wir werden Universitäten und Hochschulen stärker mit dem Gründertum zusammenbringen und verbinden. Über ein neues Netzwerk mit Partnern aus der Privatwirtschaft werden Gründerinnen und Gründer bei ihren Vorhaben inhaltlich stärker unterstützt und erhalten einen besseren Zugang zu Risikokapital.
- Wir werden Gründergeist und Gründerkompetenz durch Entrepreneurship-Angebote an unseren Hochschulen fördern.
- Wir werden Gründerinnen und Gründern den Rücken frei halten, damit diese sich vollständig auf ihre Ideen konzentrieren können. Mit einem bürokratiefreien ersten Jahr können Ideen zunächst entstehen und wachsen, bevor der Staat auf der Matte steht. Alle Behördengänge rund um die Anmeldung eines Unternehmens werden wir digitalisieren und vereinfachen. Die Firmengründung wird innerhalb weniger Minuten aus jeder Ecke Brandenburgs online möglich sein. Der Kontakt zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden soll im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips gestaltet werden, sodass Anträge, Formulare und Daten nur einmal digital erfasst werden. Das spart Zeitaufwand und Kosten für Unternehmen und für die öffentliche Hand.
- Unternehmertum braucht Mut und Sprungbretter. Wir wollen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern und ein Gründerstipendium einführen. Über ein Begabtenförderwerk speziell für Gründerinnen und Gründer sollen junge Menschen mit

ihren zukunftsfähigen Ideen gefördert und auf dem Weg in Richtung Wirtschaftlichkeit aktiv begleitet werden. Diese Förderung wird breit angelegt sein und vor allem das erste, oft kritische Jahr einer Gründungsphase mit einer Zahlung von monatlich 1.000 Euro absichern.

- Um die Umsetzung von forschungsintensiven Entwicklungen in innovative Geschäftsmodelle, Produkte, Dienstleistungen und Verfahren zu beschleunigen, richten wir in räumlicher Nähe von innovativen Forschungsclustern Innovationsräume ein. So wird Innovation insbesondere in der Digitalisierung (Künstliche Intelligenz, Internet of Things, Robotics), der Biotechnologie, Batterieforschung, wasserstoffbasierte Anwendungen, der Luft- und Raumfahrt sowie bei Climate- and Clean-Tech gestärkt. Durch die Verdichtung von Forschung, Unternehmen und Wagniskapital erhöhen wir die Innovationsgeschwindigkeit.
- Wir werden das Fördermanagement für Unternehmen in Gründung über die Investitionsbank des Landes Brandenburg neu aufstellen und eine entsprechende Förderberatung sicherstellen. Die Förderberatung muss dabei Gründungs- und Frühphase gleichermaßen abdecken, um die Herausforderungen bei Gründung aber auch in der Frühphase des Unternehmens erfolgreich zu bewältigen. Bei Bedarf können zusätzlich Verwaltungslotsen abgerufen werden, die Gründerinnen und Gründer bei der Bewältigung von Bürokratie unterstützen. Die Verwaltungslotsen werden einen jährlichen Bericht über die größten bürokratischen Herausforderungen und Hürden erstellen, welche wir dazu nutzen werden, unnötige oder ungenaue Bürokratie abzubauen.
- Wir werden bisherige Businessplan- sowie Forschungs- und Innovationswettbewerbe, die Berlin und Brandenburg gemeinsam ausrichten, aufspalten, um in einen Wettbewerb um die besten Ideen eintreten zu können und Brandenburg als eine selbstbewusste Ideenschmiede präsentieren zu können. Bisherige Wettbewerbe werden wir ausweiten und mit einem Preisgeld versehen. Das Land soll im Gegenzug Anteile erhalten und im weiteren Verlauf an der Weiterentwicklung und am Erfolg von Projekten partizipieren.

Kultur- und Kreativwirtschaft stärken

Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur für die Kultur- und Kreativwirtschaft am Kreativstandort Brandenburg zu stärken. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist

nicht nur Innovationsmotor, Treiber für neue Technologien und Standortfaktor, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

- Wir werden die Förderung von Kultur breiter aufstellen. Neben der Förderung von Traditionen und Hochkultur gehören für uns auch moderne Ansätze und besondere Kinoformate zum kulturellen Angebot Brandenburgs. Wir werden die Diversität des kulturellen Angebotes durch gezielte Förderungen erhöhen, um auch die Attraktivität für den Tourismus in Brandenburg zu erhöhen.
- Wir werden unnötig hohe Hürden für die Kultur- und Kreativwirtschaft reduzieren und Veranstalter bei der Planung und Genehmigung von Veranstaltungsformaten und Beantragungsprozessen unterstützen. Auch Brancheneinsteiger aus der Kultur- und Kreativwirtschaft sind in Brandenburg herzlich willkommen.
- Wir werden kulturelle Angebote unabhängiger von staatlichen Zuschüssen machen, indem andere Finanzierungsquellen herangezogen werden sollen. Bevor Steuermittel für die Finanzierung eines kulturellen Angebotes bereitgestellt werden, ist zu prüfen, ob Eintrittspreise, Sponsoring oder die Förderung durch private Partner möglich sind.
- Für Kinder und Jugendliche sowie für Schulklassen werden wir den Eintritt in Museen und weitere kulturelle Bildungsangebote kostenfrei gestalten, um eine ganzheitliche Teilhabe zu ermöglichen.

Aktivierender Sozialstaat

Das große Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft lautet, dass jeder Mensch seine eigene Lage mit eigener Leistung verbessern kann. Wir werden wieder die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir stehen in unserer Gesellschaft jenen solidarisch zur Seite, die in Not geraten sind und werden sie dabei unterstützen, so schnell wie möglich wieder ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

- Ein schlagkräftiger Sozialstaat muss seine Mittel effizient einsetzen, damit möglichst zielgerichtet und nachhaltig Hilfe geleistet werden kann. Wir werden uns deswegen neben der Betrachtung der Wirksamkeit staatlicher Leistungen auch für eine Erhöhung der

Transparenz beim Einsatz von Mitteln und bei den von ihnen geförderten Strukturen einsetzen.

- Wir werden prüfen, ob immer wieder in Form von Projekten geförderte Initiativen in eine institutionelle Förderung überführt werden sollten und die Frage nach der Funktionalität vorhandener Strukturen evaluieren.
- Wir werden uns über eine Bundesratsinitiative für eine weitere Flexibilisierung des Renteneintrittsalters einsetzen und über die Reduzierung von Zuverdienstgrenzen die Anreize für längeres Arbeiten erhöhen.

Moderne Landwirtschaft

Wer das Land ernährt, verdient Respekt! Wir Freie Demokraten setzen uns für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer ein, damit sie eigenverantwortlich ihre Betriebe erfolgreich führen und weiterentwickeln können. Sie werden für eine sichere Versorgung mit hochwertigen, erschwinglichen und vielfältigen Nahrungsmitteln heute und in Zukunft gebraucht. Die Arbeit der Landwirte darf deshalb nicht weiter erschwert werden. Unser Ziel sind gesunde und selbstbestimmte Betriebe mit Zukunft.

- Wir sehen die Landwirtschaft in erster Linie als Wirtschaftszweig, der wie alle anderen Branchen und in besonderem Maß zur Wertschöpfung und zum Wohlstand des Landes beiträgt. Die Landwirtschaft muss wie jeder andere mittelständische Betrieb wieder in die Lage versetzt werden, durch marktgerechte Preise für seine Produkte bestehen zu können.
- Aufgrund des Ausbaus erneuerbarer Energien steigt die Rivalität mit der Landwirtschaft um freie Flächen. Wir wollen ein faires Miteinander und einen Interessenausgleich schaffen, Landwirte dürfen nicht einseitig das Nachsehen haben. Gerade die Doppelnutzung von Photovoltaik und landwirtschaftlichen Betrieben kann das Miteinander der Flächennutzung vereinen.
- Landwirte schaffen die hochwertigen Produkte, von denen wir alle leben und gehen verantwortungsbewusst mit Ressourcen um. Wir setzen uns für eine vielfältige Landwirtschaft ein und wollen die regionale landwirtschaftliche Produktion erhalten und stärken. Ein besonderer Fokus wird der Bio-Diversität zukommen. Wir befürworten das

Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Zielmarken und Quoten für den ökologischen Landbau lehnen wir ab.

- Wir denken die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik zusammen. Für uns sind neben der Landnutzung auch der Ressourceneinsatz, die Rohstoffgewinnung sowie die Wertschöpfungsketten Teil unserer Betrachtung von Flächen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und des Insektenschutzprogramms ein, denn in ihrer bisherigen Form unterstützen sie die Landwirtschaft nicht, sie machen sie zunehmend unmöglich.
- Wir werden die Chancen und Potenziale der Agrarwirtschaft weiter ausbauen. Brandenburg hat mit der Lage von Berlin die Chance, dass in unserer Mitte ein großer Abnehmer und Verbraucher liegt, der eine umfassende Wertschöpfung ermöglicht.
- Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in ihrer heutigen Vielfalt. Die Nutztierhaltung ist ein wesentlicher Teil unserer Landwirtschaft und daher unverzichtbar. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte vor überzogenen Auflagen schützen, um das Höfesterben nicht weiter zu beschleunigen und die Konkurrenzfähigkeit der Tierhaltung aufrechtzuerhalten.
- Wir stellen uns der im Zuge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) festgelegten Flächenstilllegung entschieden entgegen. Weitere Eingriffe in die Eigentumsrechte von Landwirtinnen und Landwirten werden wir auf allen politischen Ebenen zurückweisen. Anstatt Flächen vereinzelt zu betrachten, wollen wir eine vernetzte Biodiversität über die Grenzen eines Ackers hinaus – und zwar ohne Zwang. Ziel sollte es sein, die Produktivität in der Landwirtschaft langfristig deutlich zu erhöhen. Unsere guten Anbauflächen stillzulegen ist nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf die weltweite Ernährungslage auch moralisch nicht vertretbar.
- Wir werden Rechtssicherheit für den Einsatz autonomer Landmaschinen sowie übergroßer Erntemaschinen schaffen.
- Um die Artenvielfalt zu erhalten, wollen wir eine kontinuierliche Anlage von Hecken an Straßenrändern durchsetzen, Straßenbankette an Landstraßen müssen erhalten bleiben und dürfen nicht abgemäht werden.

- Die Landwirtschaft ist ein auf allen politischen Ebenen hoch regulierter Wirtschaftsbereich. Das hat Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufes und die damit verbundene Verantwortung sowie die Profitabilität der Höfe. Wir werden die erreichte Belastungsgrenze der Landwirtinnen und Landwirte achten. Vorgaben der europäischen oder nationalen Ebene werden wir ohne zusätzliche landesspezifische Belastungen umsetzen und mögliche Öffnungsklausel zur Entlastung nutzen. Für jede neue Regulierung werden wir eine bisherige Anforderung streichen, um die Belastung nicht weiter ansteigen zu lassen.
- Wir werden sicherstellen, dass staatliche Vorgaben zur landwirtschaftlichen Umstrukturierung langfristig angelegt sind und 20 Jahre Bestand haben müssen. Der Neubau von Stallungen muss oft über mehrere Generationen finanziert werden. Entsprechende Investitionen sind wichtig zur Erfüllung neuester Anforderungen und tragen zu mehr Tierwohl und Klimaschutz bei. Insbesondere beim Emissionsschutz und den Anforderungen an die Biolandwirtschaft muss jedoch mehr Klarheit herrschen: Die Finanzierungsbasis getätigter Investitionen darf nicht durch kurzfristig beschlossene, neue Auflagen entwertet und gefährdet werden. Der Staat muss dafür sorgen, dass der Bestandsschutz für die Abschreibungsdauer gewahrt bleibt.
- Wir werden in Kitas und Schulen bereits früh Wissen über Ernährung und Landwirtschaft vermitteln. Das befähigt Kinder und Jugendliche zu einer gesunden Ernährung und steigert die Wertschätzung für Lebensmittel, ihre Erzeugung und Verarbeitung. Kinder sollen von klein auf zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern erzogen werden.
- Brandenburg ist ein Agrarland mit langer Tradition. Um das zu bleiben, werden wir moderne Technologien unterstützen und fördern. Dazu gehören neben der vertikalen Landwirtschaft auch neue Züchtungstechniken sowie Bioreaktoren zur Herstellung von künstlicher Milch und künstlichem Fleisch.
- Brandenburg, das Land der tausend Seen, bietet ideale Bedingungen für das Angeln. Dieses fördert nicht nur den Erholungswert, sondern trägt auch maßgeblich zum Umweltschutz bei. Wir setzen uns ein für die Integration des Angelns in die schulische Bildung. Angeln vermittelt Verantwortungsbewusstsein und fördert das Verständnis für Ökosysteme. Durch die Einführung von Projekttagen und Arbeitsgemeinschaften an Schulen ermöglichen wir jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern den Zugang zu diesem wertvollen Wissen.

- Anglerinnen und Angler leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz der Gewässer. Ihre Arbeit ist entscheidend für die Erhaltung der Biodiversität. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Anglern, Naturschutzverbänden und Behörden intensivieren und das ehrenamtliche Engagement weiter fördern.

Mobilität ist Freiheit

Mobilität ist gelebte Freiheit und Voraussetzung für Teilhabe. Funktionierende Verkehrsadern sind zugleich Grundlage für einen starken Wirtschaftsstandort. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger gemäß ihrer individuellen Bedürfnisse und der persönlichen Lebenssituation mobil sein können.

- Im Zusammenspiel der Verkehrsträger treten wir für ein gleichberechtigtes Miteinander ein. Wir schreiben niemandem vor, wie sie oder er sich fortbewegen soll.
- Eine zukunftsfähige und den Bedürfnissen der Brandenburgerinnen und Brandenburgern angemessene Infrastruktur wollen wir als Staatsziel in die Landesverfassung aufnehmen.
- Wir werden die Klimaneutralität aller Verkehrsmittel vorantreiben. Hierbei setzen wir auch Technologieoffenheit und Erfindertum statt auf Verbote.
- Wir werden die Vernetzung von Park&Ride, Carsharing, Leihfahrrädern, E-Scootern sowie Bussen und Bahnen verbessern. Unser Ziel ist ein barrierefreies, verkehrsträgerübergreifendes Netzwerk.
- Wir werden den Investitionsstau im brandenburgischen Straßen- und Schienennetz lösen und so die Weichen für eine klimaneutrale Mobilität der Zukunft stellen.
- Wir setzen uns für die Förderung von Pilotprojekten und Forschungsvorhaben im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte auch mit Blick auf die Mobilität von Alt und Jung ein. Die Einbeziehung von mobilitätseingeschränkten Personen oder Seniorinnen und Senioren beim Fifty-Fifty-Taxi wird geprüft.
- Erst die persönliche Mobilität ermöglicht eine freie Entscheidung bei der Wohnortwahl. Wir wollen insbesondere in der Metropolregion Mobilitätskonzepte länderübergreifend denken

und die Anbindung an ländliche Räume ermöglichen. Dies kann auch einen Impuls zur Entspannung am Wohnungsmarkt freisetzen.

- Wir wollen die Einführung von On-Demand-Nahverkehrskonzepten in der Fläche des Landes Brandenburg vorantreiben.

Straßenverkehr und das Auto

Das Auto wird auch in der Zukunft ein wichtiger Bestandteil des Mobilitätsmixes sein und ein Stück persönliche Freiheit bleiben. Den Kulturkampf gegen das Auto lehnen wir ab.

- Wir bekennen uns zur Technologieoffenheit. Eine Verzerrung des Wettbewerbs durch ungleiche Förderausstattungen lehnen wir ab.
- Wir stellen uns gegen unverhältnismäßige Verbote in der Mobilität. Wir setzen auf Innovationen, Vernunft und Freiheit. Die Einführung von Fahrverboten und pauschalen Tempolimits lehnen wir ab.
- Die Schlechterstellung des Autos durch das Mobilitätsgesetz Brandenburg werden wir rückgängig machen. Sie entbehrt angesichts zunehmend klimaneutral betriebener Fahrzeuge jeglicher Grundlage.
- Eine Diskriminierung von jungen oder alten Verkehrsteilnehmern lehnen wir ab. Ablaufende Führerscheine ab 60 Jahren, Nachtfahrverbote oder gesonderte Geschwindigkeitsregeln für Fahranfänger sind mit uns nicht zu machen.
- Den flächendeckenden Ausbau einer leistungsstarken Infrastruktur – wie etwa Ladesäulen für die Elektromobilität und Wasserstofftankstellen – werden wir vorantreiben. Regulatorische Hürden für die Errichtung entsprechender Anlagen werden wir auf ein Mindestmaß beschränken.
- Wir werden smarte und digitale Verkehrskonzepte unterstützen, um die Luftqualität insbesondere in Brandenburgs Städten zu verbessern.
- Wir werden die gesamte Verkehrsleitsteuerung digitalisieren. Die entsprechenden Daten sollen auch von automatisierten und autonomen Fortbewegungsmitteln abgerufen werden

können. Verkehrsschilder an Autobahnen und Kraftfahrstraßen sollen durch dynamische LED-Anzeigen ausgetauscht werden, um den Verkehrsfluss zu fördern.

- Wir wollen Countdown-Anzeigen an Ampeln einführen. Diese Technik soll zunächst an Hauptverkehrsadern in der Metropolregion für den Einsatz in Brandenburg getestet werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Wir machen uns für einen zuverlässigen ÖPNV mit attraktiven Verbindungen stark. Für einen bequemen Weg von Haustür zu Haustür werden wir insbesondere in ländlichen Räumen das Angebot ausbauen.

- Bei der Neugestaltung von Stadtgebieten, dem ÖPNV-System, Bahnhöfen und anderen Haltepunkten werden wir mehr auf die Bedürfnisse der älteren Generation und hilfsbedürftigen Menschen achten. Vor neuen Maßnahmen in diesem Bereich werden wir Senioreneinrichtungen oder Behindertenorganisationen anhören.
- Wir setzen uns für die kontinuierliche Verbesserung der Fahrzeug-Qualität im öffentlichen Personennahverkehr ein (Barrierefreiheit, Sauberkeit, Sicherheit, WLAN).
- Den Weg in die Schule oder die Ausbildungsstätte werden wir günstiger machen. Für alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich der 13. Jahrgangsstufe soll das Land Brandenburg schrittweise die Schulwegkosten übernehmen. Außerdem werden wir ein vergünstigtes Jahresticket für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Azubis und Freiwilligendienstleistende prüfen.
- Wir werden private und öffentliche Verkehrsanbieter dazu verpflichten, ihre Fahrplan- und Echtzeitdaten im Regional- und Nahverkehr auch Dritten zur automatisierten Verwendung frei zur Verfügung zu stellen. So werden wir die Effizienz und die Digitalisierung des ÖPNV vorantreiben.
- Eine weitere Vergünstigung des Deutschlandtickets lehnen wir ab. Das Land muss vielmehr seinen grundlegenden Verpflichtungen im Verkehrsbereich nachkommen und zusätzliche Investitionen in das Netz tätigen, statt das Ticket stärker zu subventionieren.

Radverkehr

Das Fahrrad bietet die Möglichkeit, emissionsfrei kurze und mittlere Distanzen zu überwinden. Für uns gehört es gleichberechtigt zum Mobilitätsmix.

- Wir werden den Ausbau von Fahrradwegen und neuen Fahrradschnellwegen in ganz Brandenburg voranbringen. Mit neuen Radschnellwegen werden wir insbesondere die Anbindung des Umlandes an die urbanen Zentren verbessern.
- Wir werden bei jedem Landesstraßenbau auch Radwege mitplanen und berücksichtigen. Dabei werden wir vorrangig Lücken im Netz schließen und weitere Ortschaften erschließen, sowie neue, auch überregional bedeutsame Verbindungen schaffen.
- Im Straßenverkehr werden wir auf eine bauliche Trennung sowie farbliche Markierungen hinwirken. Popup-Radwege und andere disruptive Maßnahmen hingegen lehnen wir ab.
- Wir werden uns für den zusätzlichen Bau von sicheren und überdachten Abstellplätzen und Fahrradparkhäusern einsetzen, insbesondere an Knotenpunkten wie zum Beispiel Bahnhöfen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass an Bahnhöfen in Brandenburg vermehrt Leihgeräte (Fahrräder, E-Scooter) vorgehalten werden.
- Den Bau neuer Radwege neben bestehenden Straßen werden wir ohne Umweltverträglichkeitsprüfung ermöglichen.

Autonomer Verkehr

Automatisierte Assistenzsysteme und das autonome Fahren werden in den kommenden Jahrzehnten der Schlüssel zu einem Verkehr ohne schwere und tödliche Unfälle sein („Vision Zero“). Insbesondere im ländlichen Raum werden wir die Chancen nutzen, die der autonome öffentliche Personennahverkehr bietet.

- Wir wollen weitere Testfelder für das autonome Fahren und den autonomen Transport identifizieren und vorantreiben. Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass das Fahr- und Entscheidungsverhalten der Software transparent ist.

- Wir setzen uns für die Einrichtung von smarten Mobilitätskonzepten ein, die von per App bestellbaren, autonomen und klimaneutralen Fahrsystemen – wie automatisierten Shuttlebussen – bedient werden.
- Wir setzen uns dafür ein, die Vision des abrufbereiten, autonomen ÖPNV in Brandenburg zur Realität zu machen. Ziel ist es, eine enge Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger zu ermöglichen und kurze Umstiege zu erreichen. Insbesondere auch, um jene Haushalte an den Nahverkehr anzuschließen, die weitere Wege zu einer Haltestelle haben.
- In den nächsten Jahren werden die Flugtaxis in den Markt eintreten. Wir werden dafür sorgen, dass Brandenburg als eines der ersten Länder von den Vorteilen dieses neuen Verkehrsträgers profitiert.

Schienenverkehr

Die Schiene ist nicht nur ein Stück Eisen, sondern Lebensader für viele Regionen in Brandenburg. Die Anbindung an den Regional-, Güter- und Fernverkehr ist ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Der Ausbau des Schienennetzes im Regional- und Fernverkehr hat daher für uns höchste Priorität.

- Die Entlastung der Trasse durch Berlin und die Stärkung der Mobilität innerhalb des brandenburgischen Umlands ist für die gesamte Metropolregion von enormer Bedeutung. Die Schaffung eines zweiten Bahn-Rings um Berlin werden wir zügig angehen.
- Wir setzen uns für einen flächendeckenden, barrierefreien Eisenbahnverkehr ein. Bahnhöfe und Zugangswege werden wir barrierefrei umbauen.
- Mit der Reaktivierung alter Bahnstrecken werden wir insbesondere ländliche Regionen mit einem neuen Angebot an schnellen Verbindungen zu regionalen Zentren stärken.
- Wir werden die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken in Brandenburg über den aktuellen Bundesverkehrswegeplan hinaus voranbringen. Wenn eine Elektrifizierung nicht sinnvoll oder möglich ist, setzen wir auf den Einsatz von alternativ angetriebenen Zügen, beispielsweise mit Wasserstoff oder Batterien.

- Wir werden beim Projekt i2030 endlich Dampf auf den Kessel bringen und eine Taskforce mit allen beteiligten Akteuren ins Leben rufen. Ziel ist, dass alle Planungen bis 2029 abgeschlossen sind und sich die ersten konkreten Vorhaben im Bau befinden.
- Wir treiben die Einführung des europäischen Zugsicherungssystems „European Train Control System“ (ETCS) in Brandenburg voran und nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung: Mit Hilfe moderner Technik werden wir die Konsequenzen durch menschliche Fehler in der Betriebsführung unterbinden und die Kapazitäten auf den Strecken steigern.
- Wir haben Mut zur Veränderung und Lust auf Zukunft. Das schließt auch neue und innovative Verkehrskonzepte wie beispielsweise den Hyperloop ein. Wir werden diesen Konzepten eine Chance geben, sich zu beweisen, um beispielsweise die Lausitz schneller mit der Metropolregion zu verbinden.

Luftverkehr

Der Flughafen Berlin Brandenburg ist nicht nur unser Tor zur Welt, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft in Brandenburg. Wir werden das Land Brandenburg als Luftverkehrsstandort stärken und wettbewerbsfähiger machen.

- Wir werden den Flughafen Berlin Brandenburg deutlich effizienter an die Schiene anbinden und setzen uns für eine Anbindung des Flughafen BER an das ICE-Netz und den zu schaffenden zweiten Bahn-Ring um Berlin ein.
- Wir setzen uns dafür ein, Brandenburg zum Vorreiter bei der Entwicklung und der Produktion von emissionsfreien Antriebsstoffen für Flugzeuge zu machen. Dafür werden wir die weitere Erforschung fördern, insbesondere aber die Infrastruktur für die Herstellung von klimaneutralen Kraftstoffen enorm ausbauen. Die Erkenntnisse und Entwicklungen aus der Luftfahrt werden wir auch mit anderen Verkehrsträgern teilen, um Mobilität ganzheitlich weiterzuentwickeln.
- Einseitige und wettbewerbsverzerrende Belastungen, wie die Luftverkehrssteuer, werden wir abschaffen. Auf Bundesebene werden wir uns für faire Wettbewerbsbedingungen im europäischen Luftverkehr einsetzen.

- Ein pauschales Verbot von Kurzstreckenflügen lehnen wir ab. Genauso lehnen wir ein Verbot von sogenannten Low-Cost-Carriern, die Flüge kostengünstig anbieten, ab. Sie ermöglichen oft erst Urlaubsreisen für Menschen mit geringerem Einkommen.
- Wir setzen uns für eine vollständige Privatisierung der „Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH“ durch den Verkauf aller staatlichen Unternehmensanteile an einen spezialisierten Flughafenbetreiber ein. Mit der Veräußerung werden wir dem BER die Möglichkeit eines strategischen Neustarts geben und ihn unabhängig von staatlichen Zuschüssen machen. Das gibt der Geschäftsleitung wettbewerbsrechtlich mehr Freiheit, Gebührenmodelle zu senken und die Attraktivität für Airlines zu erhöhen. So schaffen wir einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil des BER ab und geben mehr Perspektive für zukünftige Anbindungen der Metropolregion.
- Um die Akzeptanz der Flughäfen innerhalb der Bevölkerung zu stärken, werden wir einen effektiven Lärmschutz unter anderem durch Nachtflugverbote sicherstellen.
- Landespolitische Maßnahmen dürfen nicht einseitig auf den Flughafen BER gerichtet sein. Wir werden die Flughafenstrategie des Landes öffnen und auch kleineren Flugplätzen in Brandenburg faire Wettbewerbsbedingungen und eine Perspektive ermöglichen. Hierzu werden wir die Nutzungskonzepte kleinerer Flugplätze mit den Regionen abstimmen und ihnen einen Zugang zu Fördermitteln ermöglichen, um ein Miteinander der Flugplätze und unterschiedlichen Nutzungskonzepte zu ermöglichen.

Schifffahrt und Wasserstraßen

Brandenburg hat ein großes Wasserstraßennetz, über das ein großer Teil von Massengütern transportiert wird. Längst überfällige Sanierungen von Schleusen zur Abfertigung moderner Binnenschiffe verhindern eine stärkere Verlagerung des Gütertransports von der Straße aufs Wasser.

- Wir werden die Infrastruktur unserer Wasserstraßen auf den aktuellen Stand der Technik bringen. Darüber hinaus setzen wir uns für nutzerfreundliche Schleusen ein. Durch den stärkeren Ausbau von Selbstbedienungsschleusen werden wir die Möglichkeit schaffen, Öffnungszeiten auszuweiten, um eine schnelle Durchquerung unserer Wasserstraßen zu erreichen.

- Wir werden die Binnenschifffahrt bei Digitalisierungsvorhaben und der Dekarbonisierung der Flotte unterstützen. Durch Innovation und Technologieführerschaft, etwa bei alternativen Antrieben, ergeben sich weitere Chancen im Wettbewerb und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Die Erhaltung der brandenburgischen Binnenhäfen werden wir sicherstellen und deren Einbindung in die Verkehrsbeziehungen verbessern.
- Wir werden uns für eine länderübergreifende Harmonisierung der Regeln im Bootsverkehr auf Binnengewässern einsetzen.
- Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Brandenburgs Gewässern werden wir kritisch hinterfragen und wo möglich und sinnvoll anheben. Dadurch werden wir Naturschutz und Idylle mit Sport und persönlicher Freiheit verbinden und eine ergänzende Nutzung unserer Wasserstraßen für alle Zwecke erreichen..

Fairer Wettbewerb in der Personenbeförderung

Wir machen uns für bequeme, smarte und flexible Lösungen für alle Menschen in Brandenburg stark. Dazu setzen wir auch im Personenbeförderungsmarkt auf Innovation und Wettbewerb.

- Die bestehenden Regelungen im Personenbeförderungsgesetz werden wir liberalisieren. Personenbeförderungsleistungen werden wir auch außerhalb der Taxi-Konzessionsvergabe gestatten.
- Rückkehrpflichten, Farbvorschriften, Ortskenntnismachweise und Preisvorgaben schaffen wir ab.
- Wir werden uns für eine Abkehr vom Bedienverbot für Fernbusse stark machen, um Brandenburg insbesondere in Metropolregion für Fernbusse erreichbar zu machen.

Infrastruktur ausbauen und erhalten

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger so schnell wie möglich ans Ziel kommen – wie sie wollen und so klimafreundlich wie möglich. Dazu werden wir die brandenburgische Infrastruktur stärken: für Auto, Bahn, Bus und Rad.

- Wir werden Genehmigungs- und Planungsverfahren beschleunigen, ein dynamisches Kostencontrolling einführen und mittels einer digitalen Bürgerbeteiligungsplattform eine transparente und frühzeitige Einbindung der Bevölkerung vor Ort ermöglichen.
- Ersatzneubauten jeglicher Infrastruktur (Straßen, Brücken, ...) werden wir ohne Genehmigung und Umweltverträglichkeitsprüfung zulassen, wenn sie an die künftigen Verkehrsverhältnisse angepasst werden.
- Wir werden auch bei Verkehrsprojekten auf mehr Standardisierungen im Artenschutz hinwirken, um das Planen weiter zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir werden prüfen, wie Ausgleichsmaßnahmen zum Artenschutz vereinfacht und umgesetzt werden können.
- Wir werden, wo nötig und sinnvoll, Ergänzungen des Straßennetzes schaffen, um die Lebensqualität der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu erhöhen und die Anbindung ländlicher Räume zu stärken. Einen pauschalen Ausschluss des Neubaus von Landesstraßen lehnen wir ab.
- Wir werden dafür sorgen, dass Bundesmittel zur Erneuerung unserer Verkehrswege stets vollständig abgerufen werden. Hierzu werden wir ausreichend fertig geplante Projekte vorhalten und die Planungskapazitäten des Landes erhöhen, auch durch die Hinzuziehung privater Projektbüros.
- Einschränkungen und Temporeduzierungen aufgrund von Straßenschäden werden wir nicht länger hinnehmen. Eine neue „Taskforce Straßenreparatur“ soll Schlaglöcher und kleinere Straßenschäden im gesamten Land kurzfristig beseitigen. Spätestens nach einem Jahr wird ein gemeldeter Schaden repariert sein.
- Wir werden Straßenbauarbeiten verkürzen und dabei die Anzahl der nutzbaren Fahrspuren weiter aufrechterhalten. Wo eine Straße gesperrt wird, muss auch gebaut werden. Hierzu setzen wir auf eine konsequente Ausnutzung der Tageshelligkeit und regelmäßige Samstags-, Sonntags- und Nachtarbeiten. Zudem werden wir auch vom Drei-Schicht-Betrieb und von Wanderbaustellen Gebrauch machen. Vergaberechtlich werden wir Prämien für rechtzeitige Fertigstellungen ausloben und konsequent Vertragsstrafen bei großen Verzögerungen geltend machen.

- Gemeinsam mit dem Bund werden wir die Sanierung der Fernverkehrsinfrastruktur voranbringen. Brandenburg nimmt eine Schlüsselrolle bei nationalen und internationalen Verkehrswegen ein.
- Auf Autobahnen, Bundesstraßen und staubelasteten Straßen werden wir zentral steuerbare Verkehrsleitsysteme (VLS) mit Kameras und LED-Anzeigen für adaptive Geschwindigkeitsregelungen, Warnungen sowie Spuröffnungen und -schließungen zügig ausbauen. Durch die Vermeidung von Staus werden wir den Schadstoffausstoß minimieren und das Unfallrisiko reduzieren.
- Öffentliche Infrastrukturprojekte werden wir zukünftig auch durch private Betreibermodelle umsetzen. Das bedeutet, dass ein privater Investor eine benötigte Anlage plant, errichtet und für eine bestimmte Zeit auch deren Betrieb übernimmt. Die Anlage selbst ist jedoch staatliches Eigentum. Nach Ablauf des vertraglich geregelten Betreibungszeitraums kann dieser verlängert oder der Zuschlag einem anderen privaten Unternehmen erteilt werden. Der Staat zahlt während des Betriebszeitraums eine vertraglich festgelegte Summe, ist aber an keinen Risikobürgschaften für das Infrastrukturprojekt beteiligt. Dadurch bleiben die Ausgaben kalkulierbar.
- Wir werden serielle Genehmigungsverfahren vorantreiben, um Planungsvorhaben zu beschleunigen.
- Wir werden einen echten “Digitalen Zwilling” unseres Landes schaffen und den Brandenburg-Viewer so updaten, dass er als vollumfängliches OpenData Geoinformationsportal funktioniert und seinen Nutzen voll ausspielen kann.

Brandenburg-Tourismus fördern

In Brandenburg hat Tourismus eine Heimat. Unser Land hat mit seinen vielen Facetten und unterschiedlichen Regionen viel zu bieten. Als Urlaubs- und Erholungsland mit 3.600 Seen, Wasserwegen, einem Rad- und Wanderwegenetz, Eisenbahn- und Bergbaumuseen, traditioneller Kultur, regionalen Festen, Kletterwäldern, Wasserwanderungen und Skaterplätzen ist in allen Regionen attraktiv für Gäste aus Deutschland und der ganzen Welt. Nicht zuletzt aufgrund unserer wunderbaren Landschaft und unseren gastfreundlichen Tourismusunternehmen ist Brandenburg immer eine Reise wert.

- Wir werden ein ganzheitliches Tourismuskonzept für Brandenburg erarbeiten, in welchem sich die unterschiedlichen Landesteile und regionalen Besonderheiten wiederfinden werden. Mit diesem Tourismuskonzept wollen wir neue Möglichkeiten erschließen, um vor allem internationale Gäste zu erreichen und unsere Landesvermarktung neu ausrichten.
- Neben unseren touristischen Leuchttürmen zeichnet sich Brandenburg auch durch eine Vielzahl an kleinen Initiativen und lokalen Engagement beispielsweise in Heimatvereinen aus. Wir werden dieses kleinteilige Angebot und oft ehrenamtliche Engagement stärker fördern und unterstützen, um damit eine regionale Wertschöpfungskette im Land sowie innovative Kooperationsformen zu erreichen.
- Wir werden ehrenamtliche Markenbotschafter des Landes schaffen, die vor Ort mit Rat und Tat zur Seite stehen und die regionalen Besonderheiten unseres Landes repräsentieren und auf der ganzen Welt unser Brandenburg repräsentieren.
- Wir werden die Eckpfeiler des Tourismusleitbilds neu definieren: Für uns steht neben der Bestandssicherung vor allem Weiterentwicklung des Tourismus durch die Digitalisierung und innovativer Ansätze wie beispielsweise die Einbindung von Gamification zur Wissensvermittlung im Vordergrund.
- Die Welt zu Gast in Brandenburg! Wir werden den Erhalt und die Förderung unserer Gaststätten und Beherbergungsbetrieben stärken, um auch für den lokalen Tourismus attraktiv zu bleiben. Die Vielfalt unserer Angebote liegt uns besonders am Herzen, weil sie gerade auf dem Land nicht nur zum Essen und Trinken einlädt, sondern für den sozialen Austausch und den Zusammenhalt wichtig sind. Wir machen uns dafür stark, das Gaststättenrecht so auszugestalten, dass die Kosten auf das Notwendigste reduziert werden. Wir wollen die positive Entwicklung des Tourismus in Brandenburg durch landesplanerische Maßnahmen unterstützen und verstärken. Bei Infrastrukturmaßnahmen sind die Belange des Tourismus gegenüber anderen Belangen stärker zu berücksichtigen.

Die Wasserversorgung sichern

Wasser ist Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen, zugleich aber auch Standortfaktor für Landwirtschaft und Industrie. Fehlende Niederschläge in den letzten Jahren und damit einhergehende sinkende Wasserpegel in Seen und Flüssen stellen das Land und Kommunen vor

ebenso große Herausforderungen, wie die überdurchschnittlich hohen Niederschläge zu Beginn des Jahres. Schon jetzt gibt es Regionen im Land Brandenburg, in denen Kitas, Schulen, Wohnungsbau und Gewerbegebiete nicht genehmigt werden, weil die Trinkwasserversorgung selbst mittelfristig nicht gesichert ist. Mit einer Wasserstrategie wollen wir nachhaltig gegensteuern.

- Regenwasser soll dort versickern, wo es fällt. Wir wollen die Kommunen fachlich und finanziell dabei unterstützen, ein möglichst flächendeckendes Regenwassermanagement einzurichten. Dabei soll das Projekt Schwammstadt als Orientierung dienen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für neue oder die Ertüchtigung bestehender Brunnen zur Trinkwasserversorgung schneller abgeschlossen werden. Hierfür werden wir die personelle und materielle Ausstattung der Wasserbehörden stärken und das Verfahren standardisiert und verbindlich regeln.
- Das Brandenburger Wassergesetz werden wir evaluieren. Ziel ist es, dass die Verantwortung zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Trinkwasser im Land Brandenburg ernst- und wahrgenommen wird. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung gegenüber konkurrierenden Nutzungsansprüchen in das Wasserhaushaltsgesetz aufgenommen wird.
- Wasser ist kostbar. Gezielte Informationskampagnen über einen ressourcenschonenden Umgang mit Trinkwasser werden wir unterstützen. Eine Bevormundung oder gar die Reglementierung der Trinkwasserversorgung lehnen wir ab.
- Schon jetzt gibt es Konflikte bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung zwischen Berlin und Brandenburg. Wir werden eine Strategie für die Lösung dieser Nutzungskonflikte länderübergreifend erarbeiten. Dabei wollen wir auch die Möglichkeit von Fernleitungen und Netzverbünden sowie zur Nutzung speziell gereinigter Abwässer berücksichtigen.
- Wir werden die Zweckverbände und Stadtwerke bei der Suche nach und der Erschließung neuer Trinkwasserressourcen aktiv unterstützen und gegebenenfalls auch Verhandlungen mit den angrenzenden Bundesländern aufnehmen, sofern es erforderlich ist. Den Ausgleich der Interessen zwischen öffentlichen Versorgern sehen wir als Landesaufgabe und werden diesen entsprechend moderieren und rechtsverbindlich regeln.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Für uns ist die Freiheit der Einzelnen Grund und Grenze unseres politischen Handelns. Im Zentrum steht dabei der Schutz der Bürgerrechte und die Gewährleistung eines handlungsfähigen Rechtsstaats. Der Staat hat die Aufgabe, ein Leben in Freiheit zu ermöglichen. Daher engagieren wir uns für eine umfassende Modernisierung des Staates, um Freiheit, Bürgerrechte, Sicherheit und Gesundheitsschutz in Einklang zu bringen.

Bessere Ausstattung der Polizei

Die Anforderungen an die Polizei sind in den letzten Jahren stark gewachsen. Um die Qualität der Polizeiarbeit zu gewährleisten und Einsatzkräfte zu entlasten, setzen wir uns für eine bessere Ausstattung der Polizei in Brandenburg ein. Nur so kann eine schnelle und effektive Kriminalitätsbekämpfung gewährleistet werden.

- Wir werden die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten in Brandenburg von 8.200 auf 10.000 aufstocken, um die Sicherheit im Land zu erhöhen. Innerhalb dieser Erweiterung wird sich mindestens eine weitere Hundertschaft befinden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Ausbildungskapazitäten erhöhen und eine zweite Polizeischule im Land Brandenburg errichten. Unser Ziel ist, dass zusätzlich mindestens 450 Neueinstellungen pro Jahr erfolgen.
- Wir engagieren uns für verbesserte Ausbildungsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten, um die Abbruchquote zu senken. Unter anderem werden wir dafür sorgen, dass an allen Ausbildungsstandorten der Polizei ausreichend Wohnraumkapazitäten für die Polizeischülerinnen und -schüler vorgehalten werden.
- Dienstkleidung ist Sache des Dienstherrn. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitskleidung der Polizisten in ausreichender Menge und hohem qualitativem Maß für die Beamtinnen und Beamten zur Verfügung gestellt wird.
- Der Ausgleich zwischen Privat- und Berufsleben muss auch im Polizeidienst gewährleistet werden. Für kürzere Anfahrtswege, schnellere Reaktionszeiten und optimierte Arbeitszeiten werden wir eine Streifenbereichsreform auf den Weg bringen.

- Polizistinnen und Polizisten mit besonderer Verantwortung (wie Dienstgruppenleitern, Wachdienstführern und Revierleitern) werden wir Funktionszulagen zahlen. Zudem werden wir sicherstellen, dass der Dienstherr für Unfälle oder Verletzungen, die während der Dienstausbübung entstehen, in voller Höhe eintritt.
- Brandenburg braucht eine Polizei, die digital fit ist. Deshalb setzen wir uns für einen schnelleren Strukturausbau im Informationswesen der Polizei Brandenburg ein.
- Im Notfall zählt jede Sekunde. Wir setzen uns für eine grundsätzliche Verbesserung der 110-Leitstelle ein. Dafür werden wir eine Aufkommensanalyse durchführen. Basierend auf dem Ergebnis werden wir die Personalstruktur anpassen, sodass unnötige Wartezeiten in Warteschlangen für Bürgerinnen und Bürger in Not der Vergangenheit angehören.
- Wir setzen uns für die Gründung einer „IT-Task Force“ innerhalb der Landespolizei zur Bekämpfung von Cybercrime ein.

Extremismus bekämpfen

Für uns gilt der Grundsatz „keine Toleranz für die Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung“ – unabhängig davon, ob diese aus dem rechten, linken oder religiösen Spektrum, aus dem Inland oder Ausland kommen. Wir werden jegliche Form des Extremismus entschieden bekämpfen und Präventionsmaßnahmen stärken.

- Antisemitismus darf in Brandenburg keinen Platz haben. Israel- und Judenhass werden wir mit Präventions- und Bildungsprogrammen sowie konsequenter Strafverfolgung entgegentreten. Es gibt keine Toleranz dafür. Unsere Verbindung zu Israel und die Unterstützung seiner legitimen Existenz innerhalb sicherer Grenzen sind Teil unserer Staatsräson.
- Um Waffenmissbrauch zu vermeiden, werden wir konsequent und mit der gebotenen Härte gegen Reichsbürger, Verfassungsfeinde und all jene, die unseren Staat und seine Institutionen angreifen wollen, vorgehen. Eine Verschärfung des Waffenrechts lehnen wir ab.
- Die Herausforderungen beim Verfassungsschutz sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Um dem entgegenzuwirken und die qualitativ hochwertige Arbeit aufrechtzuerhalten, werden wir den gegenwärtigen Personalbestand beim Verfassungsschutz

erhöhen. Dazu soll ein Hochschulstudium als weiterführende Ausbildung an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg entwickelt werden, welches den Einstieg in den gehobenen Dienst beim Verfassungsschutz gewährleisten soll. Den Verfassungsschutz wollen wir stärken und die Kooperation insbesondere mit Berlin vertiefen.

- Ständige Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind nicht hinnehmbar. Unsere Einsatzkräfte verdienen die volle Unterstützung ihrer Dienstherren. Übergriffe sind unverzüglich und konsequent zu ahnden.
- Trotz zunehmender Gefahr durch religiösen Extremismus werden wir der fortbestehenden Gefahr durch politischen Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, weiterhin entschlossen entgegenzutreten.
- Die Gedenkstätten und Orte der Erinnerung werden wir erhalten, lebendig halten und weiterhin unterstützen. Das bürgerschaftliche Engagement und die vielfältigen lokalen Erinnerungsprojekte, wie etwa Stolpersteine, Gedenktafeln oder Dokumentationen, werden wir ebenfalls unterstützen.

Bürgerrechte wahren

Die Wahrnehmung und Verteidigung der Bürgerrechte sind Grundpfeiler für eine freie und demokratische Gesellschaft. Wir machen uns für die Wahrung der Bürgerrechte stark. Immer wieder wird versucht, die Freiheit des Einzelnen zugunsten von vermeintlicher Sicherheit großflächig einzuschränken. Diesen Bemühungen stellen wir uns entschlossen entgegen.

- Wir streben die Einführung von Musterfeststellungsklagen im Kommunalrecht und eine Modernisierung des Staatshaftungsgesetzes an, um Betroffenen die Durchsetzung ihrer Rechte zu erleichtern.
- Der Einsatz von Staatstrojanern und Online-Durchsuchungen schwächt die Sicherheit unserer IT-Infrastruktur und verletzt Bürgerrechte. Wir lehnen diese konsequent ab. Weiterhin setzen wir uns – auch über den Bundesrat – für ein freies und offenes Internet ein, in dem die Grundrechte der Brandenburgerinnen und Brandenburger respektiert werden.
- Die Nutzung von Bodycams in Wohnungen und auf privaten Grundstücken sehen wir als Möglichkeit der gegenseitigen Kontrolle an.

- Wir lehnen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Chatkontrolle ab, da sie alle Nutzerinnen und Nutzer von Messengerdiensten wie WhatsApp, Telegram oder Signal unter Generalverdacht stellt und massiv in die Grundrechte eingreift. Diese Überwachungsmaßnahme, die Nachrichten und Medien trotz Verschlüsselung scannt, widerspricht europäischen Werten. Deshalb kämpfen wir gegen ihre Einführung.

Justiz stärken

Die Gewaltenteilung und die damit einhergehende Unabhängigkeit der Justiz sind wesentliche Pfeiler unserer stabilen Demokratie. Wir setzen uns für eine weitere Stärkung der Justizunabhängigkeit ein.

- Wir werden uns für eine angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung aller in der Justiz Beschäftigten einsetzen. Wir wollen leistungsstarkes Personal für Brandenburg gewinnen und Abwanderungen in andere Länder oder andere Berufe verhindern. Berufliche Vorerfahrungen müssen bei der Entlohnung ebenso berücksichtigt werden wie die Übernahme herausgehobener Tätigkeiten. Wir wollen zusätzliche Anreize schaffen, um die Besoldung attraktiver zu gestalten und Leistung zu belohnen. Dazu muss das Besoldungssystem ganzheitlich überprüft werden. Die evident verfassungswidrige Besoldung von Richterinnen und Richtern im Land Brandenburg werden wir beenden.
- In der Justiz darf es nicht wegen Krankheit, Mutterschutz, Elternzeiten oder anderer Abwesenheiten zu längerfristigen Unterbesetzungen kommen. Es muss ein Stellenpuffer geschaffen werden, aus dem Personallücken mit versetzbarem Personal kurzfristig geschlossen werden können.
- Die für eine konsequente Digitalisierung der Justiz erforderliche Ausstattung aller Dienststellen mit IT-Technik und IT-Personal sicherstellen und für die notwendige Fortbildung der gesamten Mitarbeiterschaft sorgen.
- Wir werden alle Gerichte und Staatsanwaltschaften im Land Brandenburg umgehend auf elektronische Aktenführung umstellen und bestehende Medienbrüche, insbesondere in der Zusammenarbeit mit allen Justiz-, Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie den rechtsberatenden Berufen, möglichst umfassend beseitigen.

- Wir setzen uns für eine flächendeckende Ausstattung aller Brandenburger Gerichte mit Videotechnik ein. Parallel dazu werden wir eine regelmäßige technische Schulungen und Fortbildungen für Richterinnen, Richter und Justizverwaltungsmitarbeitende einführen. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben verdeutlicht, dass Online-Verhandlungen sowohl Kosten reduzieren als auch Verfahren beschleunigen.
- Das Weisungsrecht der Justizminister stammt aus dem vorletzten Jahrhundert und ermöglicht es ihnen, auf konkrete Ermittlungen der Staatsanwaltschaften durchzugreifen. Wir setzen uns dafür ein, das Weisungsrecht der Justizminister abzuschaffen.
- Wir wollen dem Rückgang von Richtern und Staatsanwälten entgegenwirken und angehende Juristinnen und Juristen in Brandenburg halten. Deswegen soll die Besoldung während des Referendariats erhöht werden. Voraussetzung hierfür ist, für einen begrenzten Zeitraum nach dem abgeschlossenen Studium im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg zu arbeiten.

Cybersicherheit stärken

Cyberkriminalität ist eine grundlegende Bedrohung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Zudem spielt Cybersicherheit eine entscheidende Rolle beim Schutz kritischer Infrastrukturen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Brandenburg effektive Maßnahmen umgesetzt werden, um die Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe zu stärken.

- Das CERT-BB stellen wir unabhängiger auf und bauen es als zentrale Stelle im Bereich der IT-Sicherheit aus. Neben den bisherigen Defensivmaßnahmen wie dem Perimeterschutz und der Netzüberwachung werden auch die Kapazitäten für Offensivmaßnahmen ausgebaut. Dabei sollen Penetrationstests auch regelmäßiger eigeninitiativ und ohne Beauftragung des ZIT-BB erfolgen können und sich neben Landesbehörden auch auf Kommunen erstrecken.
- In der Kommunikation von und mit Behörden werden wir vermehrt kryptografische Standards etablieren, um die Auswirkungen von Datenlecks zu minimieren.
- Die Vernetzung der Akteure von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft werden wir im Rahmen einer jährlichen Landeskonzferenz für Cybersicherheit fördern.

- Wir werden Anreize für eine eigeninitiierte Sicherheitsforschung der brandenburgischen Zivilgesellschaft schaffen. Hierzu soll das Land neben einer Responsible Disclosure Policy auch ein Bug Bounty Programm ins Leben rufen und einen klaren Rechtsrahmen für Externe schaffen, die daran mitwirken wollen, die IT-Infrastruktur des Landes sicherer zu machen.
- Das Land soll die Bevölkerung neben klassischer Kriminalität künftig auch stärker für Delikte im digitalen Raum sensibilisieren. So sollen unter anderem Leitfäden und Beratungsangebote für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg erarbeitet werden, die gängige Angriffsszenarien und Schutzmöglichkeiten für die eigene IT-Infrastruktur erklären.
- Wir werden die staatliche Unterstützung für neu gegründete Unternehmen und die Ansiedlung von KMU im Bereich der Cybersicherheit verstärken.
- Zur Unterstützung von Unternehmen in finanziellen Notlagen nach Ransomware-Angriffen planen wir die Einrichtung eines Hilfsfonds, geknüpft an Bedingungen zur Förderung eigenständiger Sicherheitsmaßnahmen.
- Für die Erhöhung der Transparenz und Sicherheit befürworten wir eine Meldepflicht für Ransomware-Angriffe und Lösegeldzahlungen bei größeren Unternehmen.
- Wir werden für ein Verbot von Lösegeldzahlungen durch öffentliche Einrichtungen einführen und werden diese Entscheidung klar kommunizieren.
- Die Nutzung von „Tik Tok“ auf Diensthandys von Beschäftigten des Landes Brandenburgs werden wir untersagen, es sei denn, das Gerät wird einzig und allein für diesen Zweck genutzt.

Freiwillige Feuerwehren

Das Ehrenamt ist für unsere Gesellschaft unerlässlich. Die Feuerwehren sind besonders im ländlichen Raum wichtige Orte für zivilgesellschaftliches Engagement und stärken neben der Sicherstellung des Brandschutzes auch den demokratischen Zusammenhalt vor Ort. Das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren ist entscheidend für schnelle, kompetente Hilfe bei Notfällen und die Aufrechterhaltung des Brand- und Katastrophenschutzes in unserem Bundesland. Die gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen der letzten Jahre haben jedoch Auswirkungen auf die Strukturen und Aufgaben der Feuerwehr. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und technischen Ausstattung sowie Anpassungen an neue Standards und Normen notwendig.

- Wir setzen uns für die Einführung verbindlicher Mindeststandards für Entschädigungssatzungen ein, die neben einer festgelegten Zuwendung für kameradschaftliche Aktivitäten und Traditionspflege auch die Anpassung des Zuschusses zum Aufwandsersatz aus dem Prämien- und Ehrenzeichengesetz an steigende Lebenshaltungskosten regelt.
- Wir werden die Möglichkeit schaffen, Rentenpunkte für die ehrenamtliche Mitgliedschaft und aktive Tätigkeit in den Blaulicht-Verbänden, wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und dem Deutschen Roten Kreuz, zu erwerben, die auch rückwirkend angerechnet werden können.
- Wir setzen uns dafür ein, die Ausbildungsangebote zu verstärken, um mehr Kameradinnen und Kameraden die Möglichkeit zu eröffnen, hochwertige Lehrgänge zu besuchen und Führungsqualifikationen zu erwerben. Besonderes Augenmerk ist dabei auf innovative, insbesondere multimediale und digitale Ausbildungskonzepte zu legen, um auch auf komplexe und fordernde Einsatzlagen optimal vorbereiten zu können. Weiterer Schwerpunkt der Ausbildungsinhalte muss die Vermittlung von Wissen zu technischen Neuerungen werden, etwa im Bereich der Mobilität oder Energietechnik.
- Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer, die hauptsächlich zur Unterstützung öffentlicher Feuerwehren dienen, werden derzeit nach Einwohnerzahl auf die Kommunen verteilt. Wir werden prüfen, ob die Kommunen zukünftig einen größeren Anteil erhalten und/oder zusätzliche Mittel vom Land bekommen sollen. Ziel ist es, in Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen die Ausrüstung der Feuerwehren zu verbessern.
- Wir streben an, das ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr bereits in Schulen zu fördern und attraktiver zu machen. Dazu werden wir verbesserte Unterrichtsmaterialien und die nötige Ausstattung bereitstellen, um Schülerinnen und Schüler gezielt zu informieren und zu motivieren. Zudem setzen wir uns für Projekttag mit den Feuerwehren ein, bei denen bspw. Ersthelferkurse oder praktische Feuerlöschübungen durchgeführt werden.

- Wir werden das Brandschutzgesetz reformieren, um neben der Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr auch die Sicherheit im Land durch vermehrten Einsatz hauptamtlicher Kräfte zu verbessern. Dies ist entscheidend, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden und Überlastungen des Ehrenamtes vorzubeugen, um dessen langfristige Attraktivität zu sichern.
- Wir setzen uns für eine Überarbeitung der Förderrichtlinien des Landes ein. Diese sollen neue Gerätetypen, Einsatzkonzepte und technologische Innovationen, auch in der Erprobungsphase, einschließen. Um eine zeitgemäße Ausrüstung zu gewährleisten, streben wir ebenfalls ein Förderkonzept an, welches Kommunen und Gemeinden dabei unterstützt, veraltete und unzulässige Feuerwehrtechnik zu ersetzen.
- Wir werden die Altersgrenzen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren flexibler gestalten. Unser Ziel ist es, körperlich und geistig fitte Ehrenamtliche nicht wider ihren Willen in den Ruhestand zu schicken. Diese Maßnahme dient insbesondere dazu, die Freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum zu stärken.

Notfall und Katastrophenschutz stärken

Wir erkennen, dass Brandenburg in den kommenden Jahren verstärkt mit Herausforderungen wie extremen Wetterereignissen, Waldbränden, Pandemien oder Fluchtbewegungen konfrontiert sein wird. Diese Situationen erfordern einen verbesserten Schutz der Bevölkerung. Daher setzen wir uns dafür ein, dass im Katastrophen- und Zivilschutz das Ehrenamt durch mehr hauptamtliche Kräfte entlastet wird. Wir werden als Staat Verantwortung übernehmen, um uns in diesem Bereich effizienter und wirksamer aufzustellen.

- Angesichts der zunehmenden Herausforderungen setzen wir uns entschieden dafür ein, den Notfall- und Katastrophenschutz in Brandenburg zu stärken. Hierzu ist es notwendig, Strukturen zu etablieren, die kontinuierliche Fortbildungen und regelmäßiges Training aller relevanten Akteure, besonders auf Landkreisebene, ermöglichen.
- Auf Landesebene werden wir Strukturen festigen und entwickeln, die qualifiziertes Handeln in überregionalen Notlagen, wie bei landkreisübergreifenden Hochwasserlagen oder Waldbränden, sicherstellen. Dies beinhaltet die Bereitstellung und regelmäßige Übungen von professionellen Einsatzstäben für eine effektive landesweite Einsatzkoordination.

- Katastrophen machen nicht an der Landesgrenze halt. Deshalb setzen wir uns im Bundesrat dafür ein, dass das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu einer Bundeszentralstelle mit echten Weisungsbefugnissen bei länderübergreifenden Großlagen ausgebaut wird.

Ehrenamt fördern

Das Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft, unverzichtbar durch den selbstlosen und engagierten Einsatz zahlreicher Freiwilliger. Daher setzen wir uns dafür ein, diesen Menschen die verdiente Anerkennung und Wertschätzung zu zeigen. Die Zeitressourcen für Ehrenamtliche werden immer knapper, trotz ihrer konstant hohen Anzahl. Wir werden Anreize dafür schaffen, die es ermöglichen, sich neben Ausbildung, Beruf, Familie und alltäglichen Herausforderungen im Ehrenamt zu engagieren.

- Wir setzen uns dafür ein, die bürokratische Belastung für Vereine und Ehrenamtliche zu reduzieren, um den Zugang zu Förderprogrammen zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Häufig bleiben Fördermittel ungenutzt, weil der Antragsprozess zu komplex und undurchschaubar ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, werden wir bürokratische Hürden abbauen und die digitale Antragstellung ausweiten. Zudem streben wir an, eine Plattform zu schaffen, auf der Vereine leicht erkennen können, welche Förderprogramme für sie in Frage kommen, um sie bei der Inanspruchnahme von Förderungen und anderen Anliegen zu unterstützen, statt sie auszubremsen.
- Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Ehrenamt jeder Art und Sport durch vorteilhafte Rahmenbedingungen zu fördern. Die aktive Mitarbeit in Vereinen ist ein zentraler Weg zur Integration in die Gemeinschaft. Deshalb werden wir weiterhin Förderprogramme bereitstellen, um die bestehenden Vereinsinfrastrukturen zu unterstützen.
- Wir starten eine Initiative, um das Ehrenamt, besonders bei der Feuerwehr und dem THW, steuerlich besser zu berücksichtigen. Dabei werden wir auch prüfen, wie Ehrenamtliche, die Transferleistungen zum Lebensunterhalt beziehen, angemessen unterstützt werden können.

Mehr Demokratie wagen

Wir sehen es als unsere Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, weiterzuentwickeln und zu verteidigen. Dieses Ziel wollen wir durch die Förderung einer breiteren Bürgerbeteiligung erreichen, denn die Stärke der Demokratie liegt in der aktiven Teilhabe ihrer Bürger.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger Unterstützungslisten zu Volksbegehren überall unterschreiben können, ohne auf eine Amtseintragung angewiesen zu sein. Sie können die Vordrucke selbst ausdrucken oder von Initiativen erhalten. Dies erlaubt es ihnen, aktiv durch Sammlungen auf der Straße oder in der Nachbarschaft teilzunehmen. In vielen Bundesländer ist diese Form der „freien Sammlung“ für Volksbegehren bereits zugelassen.
- Wir werden in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten Jugendparlamente beziehungsweise Jugendbeiräte etablieren. Eine entsprechende Anpassung der Kommunalverfassung wird den gewählten Beiräten weitergehende Rechte in den kommunalen Vertretungskörperschaften einräumen und so ihre aktiven Gestaltungsmöglichkeiten ausbauen.
- Den Dialog des Landtages mit der jungen und älteren Generation werden wir durch moderne Formate ausweiten.
- Zukünftig sollen alle Wahlzettel zunächst digital ausgezählt werden, um den Prozess der Auszählung effizienter zu machen und Fehler zu vermeiden.

Kampfmittelräumung

Wir werden das Problem der Kampfmittelbelastung entschlossen angehen, da es nicht nur ein signifikantes Gefahrenpotenzial darstellt, sondern auch eine wirtschaftliche Belastung für Privatpersonen, Kommunen und ein Hindernis für Investitionen ist. Diese Belastung führt zu Bauverzögerungen und Einschränkungen in der Brandbekämpfung in unseren Wäldern.

- Gemeinsam mit Eigentümern und Behörden werden wir ein umfassendes Konzept zur systematischen und präventiven Entfernung dieser Gefahren entwickeln. Ein wichtiger Schritt hierbei ist die flächendeckende Kartierung und Ausweisung der mit Kampfmitteln belasteten Gebiete, um sie zielgerichtet zu beseitigen.

- Forschungsvorhaben, welche sich mit der Beseitigung von Kampfmitteln beschäftigen, werden wir unterstützen.

Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre ist für uns ein Kernanliegen. Anstatt die Überwachungsbefugnisse auszuweiten, streben wir danach, Polizei und Justiz von unnötiger Bürokratie zu entlasten und sie besser sowie moderner auszustatten. Wir sind der Überzeugung, dass Sicherheit nicht auf Kosten der Grundrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gehen darf.

- Wir werden die gesetzlichen Grundlagen kontinuierlich darauf prüfen, dass sie modernsten Anforderungen an die Datensicherheit gerecht werden.
- Wir setzen uns dafür ein, die Landesdatenschutzbehörde entsprechend der Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung zu stärken. Dies umfasst eine bessere personelle wie materielle Ausstattung. Zudem werden wir das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz in enger Zusammenarbeit mit der Landesdatenschutzbehörde modernisieren.
- Wir werden ein Datenschutz-Cockpit für Brandenburg umsetzen, über das Bürger und Unternehmen die über sie in der öffentlichen Verwaltung gespeicherten Daten und deren Verwendung nachvollziehen können.

Hochwasserschutz

Angesichts des Klimawandels gewinnt der Hochwasserschutz in Brandenburg zusätzlich an Bedeutung. Zur besseren Erfassung der Bedarfe und zur wirksamen Anpassung an die Klimafolgen erstellen wir, einen umfassenden Plan für den Hochwasserschutz zu entwickeln und dessen Finanzierung in unserer Region zu gewährleisten.

- In betroffenen Regionen werden wir baurechtliche Genehmigungen und Auflagen überdenken. Dabei werden wir die Kommunen nicht mit den finanziellen Belastungen, wie beispielsweise den Kosten für die Überarbeitung der Bauleitplanung, alleine lassen. Es ist an der Zeit, geplante Maßnahmen aktiv umzusetzen. Ein effektiver Hochwasserschutz ist nicht nur für den Schutz der Regionen, sondern auch für deren wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich.

- Wir werden ausgewiesene Überschwemmungsgebiete überprüfen und aktualisieren, einschließlich der Berücksichtigung des Eigenrisikos beim Bau. Darüber hinaus planen wir, basierend auf den neuesten Daten, neue Poldergebiete zum Hochwasserschutz zu errichten.
- Die Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern und Polen bei der Bewältigung von Katastrophen sehen wir als notwendig an. Dies schließt gemeinsame Übungen und schnelles Handeln im Ernstfall ein, um alle notwendigen Ressourcen effizient zu mobilisieren.

Trendwende in der Sucht- und Drogenpolitik

Wir Freie Demokraten betonen die Bedeutung des Schutzes Jugendlicher vor Drogen und streben eine bessere Verknüpfung mit Präventions- und Hilfsmaßnahmen an. Cannabis wird auf dem illegalen Markt oft verunreinigt und mit suchtfördernden Zusatzstoffen versehen. Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis kann das Risiko für Jugendliche, mit Kriminalität und Suchtstoffen in Kontakt zu kommen, senken. Unser Ziel ist eine wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik, die Prävention und Gesundheitsschutz in den Vordergrund stellt.

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um spezialisierte Einrichtungen bereitzustellen, die Abhängigen direkten Zugang zu Therapieberatung und medizinischer Versorgung ermöglichen. Zudem ist es entscheidend, akzeptanzorientierte Einrichtungen aufrechtzuerhalten, die Schwerstabhängigen Überlebenshilfe leisten und oft als erste Anlaufstellen für spätere Therapien dienen.
- Zusätzlich zur geplanten „Teillegalisierung“, setzen wir uns für eine vollständige Legalisierung von Cannabis ein. Wir werden Cannabis kontrolliert zulassen und dessen Konsum, Anbau und Besitz für Erwachsene ermöglichen. Nur mit einem Verkauf in lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Drogen- und Suchtpolitik kontinuierlich an häufig auftretende Suchtformen und -substanzen angepasst wird, da die Zahl der Betroffenen in diesem Bereich stetig steigt. Dies beinhaltet geeignete Präventions- und Hilfsmaßnahmen für Herausforderungen wie synthetische Drogen (wie Crystal Meth), Internet- und Spielsucht sowie exzessiven Alkoholkonsum.

- In allen Oberzentren soll es Angebote des Drug-Checkings geben. Das dient dem Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten und schont so das Gesundheitssystem.

Förderung des Sports

Wir verstehen Sport und Bewegung als wesentliche Teile des gesellschaftlichen Lebens und setzen uns für deren Förderung ein. Dies begründet sich in der Förderung körperlicher und seelischer Gesundheit, der Vermittlung sozialer Kompetenzen und Werten, der Integrations- und Inklusionsleistung, dem ehrenamtlichen Engagement, dem Freizeitwert sowie dem Leistungsgedanken. Wir streben danach, Rahmenbedingungen zu schaffen, die kontinuierliche Fortschritte im Sport ermöglichen und allen Menschen in unserer Gesellschaft zugutekommen.

- Wir setzen uns für deutlich erhöhte Investitionen in die Sanierung von Sportstätten ein, besonders bei öffentlichen Schwimmhallen. Unser Ziel ist es, moderne Sportstätten zu fördern, indem wir barrierefreie Zugänge, einen reduzierten Energieverbrauch und attraktive Bewegungsangebote verstärkt unterstützen.
- Jedes Kind muss schwimmen können. Der Rückstand, der durch geschlossene Schwimmhallen während der Corona-Pandemie entstanden ist, muss aufgeholt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der verpflichtende Schwimmunterricht in der Schule wieder problemlos durchgeführt werden kann. Nur so können Badeunfälle und gefährliche Situationen verhindert werden.
- Als Motorsportnation engagieren wir uns dafür, die Formel 1 wieder nach Deutschland zu bringen, mit dem Lausitzring als Austragungsort. Dieser gehört zu den wenigen Strecken in Deutschland, die für die Anforderungen der Formel 1 qualifiziert sind.
- Jede Schule ist dem Lehrplan entsprechend mit den notwendigen Sportanlagen auszustatten.
- Den Landessportbund und seine Mitglieder werden wir intensiv unterstützen, um den vielfältigen Breitensport in Brandenburg zu erhalten und zu stärken.
- Die drei Olympiastützpunkte und paralympischen Zentren sind Garant für erfolgreichen Leistungssport in zahlreichen Disziplinen. Diese Erfolgsschmieden von Botschaftern unseres Bundeslandes werden wir fit machen für die Anforderungen der Zukunft. Wir unterstützen

eine nationale Bewerbung Deutschlands um Olympische und Paralympische Spiele 2036 und 2040, um wirtschaftliche Impulse zu generieren, die Infrastruktur zu verbessern, den Tourismus anzukurbeln und internationale Aufmerksamkeit auf die Metropolregion Berlin-Brandenburg zu lenken.

eSport

Videospiele sind Kulturgut, Wirtschaftsfaktor und Motor für technische Innovationen wie KI. Und sie können ein wichtiges Bildungswerkzeug sein. Die Entwicklung des eSports schreitet dynamisch voran. Wir stehen hinter der eSport-Bewegung und möchten Brandenburg zu einem führenden eSport-Standort weiterentwickeln.

- Wir setzen uns dafür ein, E-Sports als Sportart anzuerkennen und entsprechende Angebote zu fördern. Die Gemeinnützigkeit von E-Sports-Vereinen soll anerkannt werden, um die Kombination aus sportlicher Betätigung, technischer Innovation und Digitalisierung zu nutzen. Diese Verbindung eröffnet Menschen verschiedener Altersklassen neue Möglichkeiten. Unser Ziel ist es, die Innovationskraft der Games-Branche zu nutzen und ihre Integration und Vernetzung mit dem organisierten Sport zu fördern.
- Wir unterstützen aktiv den wachsenden Trend des E-Sports in Brandenburg und planen seine Förderung durch erhöhte Mittel für die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, den Ausbau schnellen Internets sowie wissenschaftliche Begleitung, angesichts der zunehmenden E-Sport-Angebote in Jugendeinrichtungen und Sportvereinen.
- Wir betonen, dass traditioneller Sport und E-Sport sich gegenseitig bereichern können und kein Widerspruch sein müssen. Zudem sehen wir im E-Sport ein Potenzial für Inklusionsprojekte, die Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenbringen.

Zukunftsfähige Gesundheitsversorgung

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung eines funktionierenden Gesundheitssystems unterstrichen. Wir engagieren uns dafür, eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten, besonders auch im ländlichen Raum. Zudem streben wir danach, das Gesundheitssystem durch medizinischen und digitalen Fortschritt an die demografische Entwicklung und zukünftige Pandemien anzupassen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Krankenhäuser, welche die medizinische Infrastruktur in ihren Gebieten aufrechterhalten, erhalten bleiben und somit eine kontinuierliche medizinische Versorgung sicherstellen.
- Wir setzen uns dafür ein, bei der Strukturplanung von Krankenhäusern die Sicherung der Notfallambulanzen und Rettungszentren auf dem Land besonders zu berücksichtigen, um eine umfassende medizinische Versorgung in diesen Gebieten zu gewährleisten
- Die Stärkung und Erhöhung der Anzahl niedergelassener Ärzte ist für uns ein wichtiges Anliegen. Ein wichtiger Schritt hierbei ist die Vereinfachung der Prozesse rund um medizinische Gutachten und deren Begründungen, um die Arbeitsbedingungen für Ärzte zu verbessern und die medizinische Versorgung zu optimieren.
- Um dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine bessere Vergütung von Landärzten ein. Ärzte sollen sich in Zukunft unproblematisch einen Kassensitz teilen können, um so zum Beispiel Teilzeit oder auch die fließende Übernahme von Arztpraxen zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für die Bereitstellung von Darlehen zur Finanzierung von medizinischen Studiengängen in Brandenburg ein. Um Ärzte im Land zu halten, planen wir, einen Teil des Darlehens zu erlassen, wenn der Arzt in Brandenburg bleibt. Bei einer 20-jährigen Berufsausübung im Land kann sogar ein vollständiger Erlass des Darlehens gewährt werden.
- Um das Gesundheitswesen und die Verwaltung von Bürokratie zu entlasten, werden wir die digitale Sterbeurkunde einführen.
- Wir setzen uns für eine umfassendere Ausführung der elektronischen Patientenakte ein und engagieren uns gleichzeitig dafür, dass Anwendungen der Telematikinfrastruktur, wie das eRezept, zügig umgesetzt werden.
- Wir möchten Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Mit einem Brandenburger eHealth-Fonds werden wir Digitalisierungsprojekte im Gesundheitsbereich fördern. Ziel ist es, die Probleme früherer Projekte, die aufgrund zu kurzer Förderzeiträume und der Beschränkung auf Insellösungen scheiterten, zu überwinden. Der Fonds soll so gestaltet werden, dass er die regionale Ausweitung der Versorgungsprojekte ermöglicht und deren Fortbestand über den

Förderzeitraum hinaus unterstützt. Bundesförderprogramme werden wir mit eigenen Digitalisierungsbudgets ergänzen. Bei der Beschaffung muss auf bundesweite Interoperabilität und schulungsunabhängige Bedienbarkeit geachtet werden.

- Wir werden den Friedhofszwang für Urnenbestattungen abschaffen, um es Menschen zu ermöglichen, Urnen mit nach Hause zu nehmen und Asche in der Natur zu verstreuen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Apotheker zukünftig alle 20 Tage einen Notdienst abdecken.
- Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Neupatientenregelung wieder eingeführt wird.
- Um den Rettungsdienst zukunftssicher zu gestalten, werden wir uns für den Ausbau von Telemedizin einsetzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in medizinischen Versorgungszentren und Krankenhäusern die Qualität der Versorgung als zentraler Maßstab gilt. Dabei streben wir an, dass der Qualitätswettbewerb die Vorteile privaten Engagements im Gesundheitswesen stärker hervorhebt.
- Wir fordern eine „Brandenburg-Quote“ an der neuen Universitätsmedizin in Cottbus. Dadurch wird jungen Menschen ein Medizinstudienplatz zugesichert, wenn sie sich bereit erklären, eine gewisse Zeit in Brandenburg zu arbeiten. Das Auswahlverfahren wird von der Universität gestaltet, soll aber unabhängig des Numerus clausus erfolgen.

Leistungsstarke Pflege

Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Pflege in Brandenburg ein. Angesichts des zunehmenden Mangels an Pflegefachkräften und der hohen Bürokratie sind viele Pflegekräfte überlastet, was zu wenig Zeit für individuelle Zuwendung führt. Wir Freie Demokraten streben an, mehr Zeit für persönliche Betreuung zu schaffen, indem wir Bürokratie abbauen, Arbeitsbedingungen verbessern und die digitale Transformation im Pflegebereich vorantreiben.

- Wir setzen uns dafür ein, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, indem wir angemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte fördern. Dazu unterstützen wir

Sofortmaßnahmen für Aus- und Weiterbildungsoffensiven, Anreize für den Wechsel von Teilzeit zurück in Vollzeit, Wiedereinstiegsprogramme für Pflegekräfte, die in andere Berufsfelder gewechselt sind, sowie Weiterqualifizierungen.

- Wir setzen uns für die schnelle und unkomplizierte Anerkennung von Pflegeabschlüssen ein, sowohl aus EU-Ländern als auch international. Unser Ziel ist es, ausländische Berufsabschlüsse zügig anzuerkennen und auch Abschlüsse, die bereits in anderen Bundesländern anerkannt wurden, problemlos zu akzeptieren.
- Wir setzen uns dafür ein, Zwischeninstanzen bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen zu etablieren.
- Wir setzen uns für die Stärkung der ambulanten Pflege und die Unterstützung von zuhause pflegenden Angehörigen ein, einschließlich gezielter Schulungen. Wir verfolgen konsequent den Grundsatz „ambulant vor stationär“, wobei wir die Unterstützung lokaler ambulanter Pflegedienste, wie die Bereitstellung kostenloser Parkberechtigungen, intensivieren. Zudem engagieren wir uns für den Ausbau intensivmedizinischer Einrichtungen, um pflegebedürftige Kinder und Jugendliche besser in Familien integrieren zu können.
- Wir setzen uns für die Stärkung von Mehrgenerationenhäusern ein, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und als Orte des gemeinschaftlichen Lernens und des Ehrenamtes dienen. Nachdem auf Bundesebene eine verbesserte Förderung erreicht wurde, engagieren wir uns dafür, diese Chance auf lokaler Ebene zu nutzen, um die Gründung neuer Mehrgenerationenhäuser zu prüfen und wo möglich zu realisieren.
- Wir setzen uns für den Einsatz digitaler Hilfsmittel zur Entlastung von Pflegekräften und Angehörigen ein, einschließlich Logistiksystemen, vernetzter Medizingeräte und Wearables. Zusätzlich prüfen wir die Integration solcher Technologien in die Pflegeversicherung, um die häusliche Pflege effizienter zu gestalten und Kosten zu reduzieren.
- Wohnmodelle wie Senioren-WGs, Seniorengenossenschaften oder ambulant betreute Wohngemeinschaften werden wir in Zukunft ausbauen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und Probleme wie ineffiziente Wohnraumnutzung oder Vereinsamung älterer Menschen zu lösen.

Hebammenversorgung sicherstellen

Hebammen spielen eine unersetzliche Rolle für Schwangere, Gebärende und in der Nachsorge. Angesichts des Hebammenmangels in Brandenburg, insbesondere in der Wochenbettbetreuung, engagieren wir uns für eine verbesserte Hebammenversorgung. Unser Ziel ist es, eine flächendeckende Grundversorgung für alle Schwangeren sicherzustellen.

- Wir setzen uns für die Behebung des Hebammenmangels in der Geburtshilfe ein, sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Unser Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern zu verbessern und einen festgelegten Betreuungsschlüssel einzuführen. Darüber hinaus engagieren wir uns dafür, dass das Land die Versicherung für geburtshilflich tätige Hebammen hälftig bezuschusst, um ihre finanzielle Belastung zu reduzieren. Dabei orientieren wir uns am Eins-zu-eins-Standard der Weltgesundheitsorganisation.
- Wir setzen uns für eine verantwortungs- und leistungsgerechte Anpassung der Vergütung von Hebammen nach oben ein, und zwar bereits während ihrer Ausbildung. Zusätzlich engagieren wir uns für die Förderung von Geburtshäusern sowie hebammengeführten Kreißsälen in Brandenburg.
- Durch eine bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wollen wir zudem auch ausländischen Hebammen den Weg nach Deutschland erleichtern.

Psychische Gesundheit schützen

Die psychische Gesundheit steht gleichberechtigt neben der körperlichen Gesundheit. Die Versorgungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen entsprechend des Bedarfs ausgebaut und bei Bedarf erweitert werden. Dies ist besonders wichtig für die Betreuung von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen.

- Wir engagieren uns für den Ausbau von Stellen für Schulpsychologen und die Erhöhung der Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie an Hochschulen im Raum Berlin/Brandenburg.
- Zudem setzen wir uns für die Erhöhung der Kassensitze für Psychotherapeuten, insbesondere für Kinder- und Jugendpsychiater ein.

- Wir engagieren uns dafür, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen oder in Krisensituationen schnell Zugang zu Hilfe erhalten. Dazu setzen wir uns für eine Erhöhung der Terminservicestellen zur Vermittlung von Psychotherapieplätzen in Brandenburg ein. Zudem werden wir die Kommunikation und Bekanntmachung von Hilfsangeboten verbessern.
- Wir fordern, dass Brandenburg zur Modellregion für psycholytische Therapie mit den Substanzen LSD, MDMA, Psilocybin und Meskalin für medizinische und therapeutische Zwecke wird. Dies soll nach dem Vorbild der Ketamin-Therapie geschehen, welche derzeit erfolgreich in Deutschland durchgeführt wird.

Häusliche Gewalt

Die erschreckende Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt erfordert entschlossene Maßnahmen. In diesem Kontext setzen wir uns konsequent für eine nachhaltige Stärkung von Beratungs- und Hilfsangeboten ein

- Um eine effizientere Koordination von Hilfsleistungen zu ermöglichen, setzen wir uns für die Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers ein. Dieses Register soll die Abfrage freier Frauenhausplätze erleichtern, um grenzübergreifende Kooperationen zu fördern und vorhandene Kapazitäten besser zu vermitteln. Dabei orientieren wir uns an den Vorgaben der Istanbul-Konvention, um ausreichend Platz in Frauenhäusern sicherzustellen und eine bedarfsgerechte Unterbringung für Betroffene zu gewährleisten.
- Zusätzlich sehen wir die Notwendigkeit, eine umfassende Studie zur Evaluation des Bedarfs an Männer- und Jugendschutzeinrichtungen in Brandenburg durchzuführen. Diese Studie soll die Grundlage schaffen, um adäquate Schutzeinrichtungen für alle Opfer häuslicher Gewalt zu schaffen.
- Im Rahmen von präventiven Maßnahmen setzen wir uns für die Finanzierung von Aufklärungskampagnen ein. Das Ziel dieser Kampagnen ist es, die Gesellschaft zu sensibilisieren und ein umfassendes Bewusstsein für Ursachen, Folgen und Schutzmöglichkeiten vor häuslicher Gewalt zu schaffen.

Lehren aus Corona-Pandemie ziehen

Die Corona-Pandemie hat Schwachstellen unserer Gesellschaft aufgezeigt. Es ist nun wichtig, aus diesen Erfahrungen zu lernen, um besser auf zukünftige Krisen vorbereitet zu sein.

- Wir setzen uns für die Erstellung eines landesweiten Pandemieplans ein, der basierend auf den Erfahrungen aus der Corona-Pandemie angepasst wird. Absolute Besuchsverbote von Angehörigen, Ausgangssperren oder Kindern jegliche soziale Kontakte zu entziehen, sind mit uns nicht mehr darstellbar.
- Um auf zukünftige Epidemien oder Pandemien schnell reagieren zu können, setzen wir uns dafür ein, große Vorräte an medizinischen Artikeln, wie Masken, beim Technischen Hilfswerk zu lagern.

Mehr Chancen durch bessere Teilhabe

Unser Ziel ist es, allen Menschen in Brandenburg eine umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Dies umfasst die Schaffung einer barrierefreien Umgebung – vom öffentlichen Nahverkehr und Schienenverkehr bis hin zu öffentlichen Gebäuden und privaten Dienstleistern. Wir fördern moderne Konzepte der selbstbestimmten Inklusion, von Assistenzhunden über digitale und technische Hilfsmittel bis hin zu einfachen persönlichen Budgets, die staatliche Leistungen bündeln. Unser Bestreben ist es, Brandenburg zu einem Vorreiter in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu machen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, die Förderung zur Barrierefreiheit auch bei Umzug von Arztpraxen zu ermöglichen, wenn die Praxis barrierefrei gestaltet wird.
- Wir setzen uns für die Schaffung eines selbstbestimmten Lebens bereits im Kindesalter ein. Alle Kitas und Schulen sollen schrittweise barrierefrei gestaltet werden.
- Wir engagieren uns dafür, dass Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung, wie beispielsweise für das Lesen und Schreiben, bereits vor Schulbeginn unbürokratisch und zeitnah bereitgestellt werden.

- Die Mittel für Einzelfallhelfer werden erhöht, um sicherzustellen, dass jedes Kind mit Behinderung oder Einschränkung auch während des Unterrichts die notwendige Unterstützung erhält.
- Wir werden für Eltern von Kindern mit Behinderungen das Wahlrecht einführen, zu entscheiden, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine spezielle Förderschule besucht.
- Wir befürworten die Förderung von Fahrdiensten, auch für weiter entfernte Therapien und Arztbesuche.
- Wir setzen uns dafür ein, dass behinderte und pflegebedürftige Menschen umfassend und unabhängig über ihr individuelles Pflegebudget, ihre Leistungsansprüche und Fördermöglichkeiten informiert werden.

Freiheit durch Emanzipation

Wir treten für eine Welt ein, in der Frauen frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Wir stehen für einen liberalen Feminismus, der auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheit und Entfaltungsräume erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder biologischen Geschlechts an. Wir werden uns ebenso konsequent für die Gleichberechtigung queerer Menschen einsetzen.

- Wir Freie Demokraten wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Es gibt in Deutschland immer noch Unterschiede bei der Bezahlung von Frauen und Männern. Die Antwort der Freien Demokraten darauf ist Transparenz. Es muss klargestellt werden, dass bei gleicher Leistung, gleicher Arbeitszeit, gleicher Qualifikation auch unabhängig vom Geschlecht der gleiche Lohn gezahlt wird.
- Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Ebenso werden wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen, insbesondere für Frauen.
- Eltern, insbesondere Frauen, brauchen mehr Flexibilität. Bei der Kinderbetreuung sind erweiterte Öffnungszeiten, von der Kita, über den Hort bis zur Ganztagschule wichtig.

Zudem müssten Betreuungsangebote erschwinglich und hochwertig sein. Für die Freien Demokraten sind solche Angebote nicht nur in Städten, sondern besonders im ländlichen Raum unerlässlich.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Frauenberatungsstellen und Frauenhausplätze ausgebaut werden. Die Zahl der Plätze soll sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren. Frauen haben das Recht auf Schutz und dürfen nicht abgewiesen werden. Frauenhäuser müssen Teil des staatlichen Schutzauftrages sein. Auch die Anzahl des ausgebildeten Personals in den Schutzeinrichtungen muss steigen, um dafür sorgen zu können, dass den Bedürfnissen aller Opfer im Hinblick auf verfügbare Zufluchtsorte und spezialisierte Hilfe entsprochen wird.

Ein unkomplizierter Staat

Ein unkomplizierter Staat macht es Menschen und Unternehmen einfach. Er spart Zeit, Nerven und Behördengänge. Machen wir Brandenburg unkompliziert!

Konsequenter Bürokratieabbau

Nicht nur die Größe der Verwaltung an sich ist ein Problem, auch die stetig steigende Anzahl an Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften erhöhen die Bürokratiekosten nicht nur zu Lasten von Bürgern und Unternehmen, sondern auch für die Verwaltung selbst. Daher muss das Thema Bürokratieabbau in Brandenburg wieder zu einem zentralen Schwerpunkt der Landespolitik werden.

- Wir werden ein Ablaufdatum („Sunset-Klausel“) für Gesetze und Rechtsverordnungen einführen.
- Wir werden einen Bürokratie-TÜV einführen. Bei Einführung eines neuen Gesetzes oder einer neuen Rechtsverordnung muss der daraus resultierende Erfüllungsaufwand transparent berechnet und im Landtag vorgestellt werden.
- Wir bekennen uns zum One-in-two-out-Prinzip. Demnach müssen für jedes neue Gesetz zwei andere abgeschafft werden.
- EU-Normen werden wir eins zu eins umsetzen. Ein „Draufsatteln“ zusätzlicher Anforderungen ist mit uns nicht zu machen.
- Wir werden den draufgesattelten Brandenburgischen Mindestlohn und die damit verbundenen bürokratischen Regelungen abschaffen.

Bauen schneller, günstiger und unbürokratischer ermöglichen

Gesetzliche Vorschriften, überbordende Regelwerke und ständig wachsende Baustandards schrauben die Baukosten unnötig in die Höhe. Die öffentliche Hand ist damit einer der größten Kostentreiber beim Bauen und Wohnen. Das werden wir ändern.

- Wir werden jegliche Denkmalschutzauflagen abschaffen, die nicht den öffentlichen Sichtbereich von Gebäuden betreffen. Renovierungen und Umbauten denkmalgeschützter Gebäude werden wir deutlich vereinfachen.
- Wir setzen uns für eine staatliche Übernahme der Kosten für Gutachten und Sondierungen bei potenziell denkmalgeschützten Gebäuden ein. Wo der Staat das Bauen verkompliziert und verteuert, muss er dafür zahlen.
- Zur Beschleunigung der Prozesse werden wir das Baugesetzbuch nach dem Vorbild von Baden-Württemberg in das Landesrecht überführen.
- Die beste Altersvorsorge ist das Wohneigentum. Wir Freie Demokraten wollen nicht immer neue Auflagen beim Hausbau. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen Eigentum erwerben können, um später nicht von hohen Mieten belastet zu sein. Überbordende gesetzliche Anforderungen an Bauprojekte werden wir daher reduzieren und entrümpeln. Vorgaben sollen künftig nur noch Mindestkriterien umfassen.
- Wir führen ein, dass ein Bauantrag als genehmigt gilt, wenn alle Unterlagen vorliegen und die Behörde nicht fristgerecht (nach drei Monaten) darüber entschieden hat (Genehmigungsfiktion).
- Die Möglichkeit der Nachforderung von Unterlagen durch die zuständige Baubehörde werden wir auf höchstens drei limitieren.
- Wir werden den Bauantrag vollständig digitalisieren und die Prozesse der Baugenehmigung dadurch nach dem Vorbild der Niederlande massiv beschleunigen. Die Baugenehmigungsbehörden wollen wir durch technische Ausstattung und durch Fortbildungen aufrüsten, damit sie mit den bereits vorliegenden Daten (Pläne, Dokumente, „Digitaler Zwilling“) umgehen können. Durch eine stärkere Digitalisierung und Maschinenlesbarkeit des Bauantragsprozesses wird die öffentliche Verwaltung entlastet. Gleichzeitig wird dadurch die Bearbeitungszeit von Baugenehmigungen verkürzt. Die Baubehörde soll den einzureichenden Unterlagenkatalog im Internet digital und maschinenlesbar festlegen. So wird es möglich, einen vollständigen Antrag rein digital zu stellen.

Zuständigkeiten für die Digitalisierung bündeln

Die digitale Transformation ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart, aber auch eine riesige Chance. Sie zu bewältigen, ist eine komplexe Querschnittsaufgabe. Das Kompetenzgerangel zwischen den Ministerien in Sachen Digitalisierung werden wir beenden.

- Wir werden die Kompetenzen für die digitale Transformation in einem Landesministerium bündeln. Dieses Ministerium soll die Federführung in sämtlichen Bereichen der Digitalisierung in Brandenburg erhalten. Somit werden künftig auch Bereiche wie beispielsweise die digitale Infrastruktur, die Digitalisierung des Gesundheitswesens und die Digitalisierung des Bildungswesens zentral geleitet. Die entsprechenden Fachabteilungen werden dafür in dieses Ministerium übertragen.
- Darüber hinaus werden wir einen Digitalausschuss im Landtag Brandenburg etablieren.

Bürgernahe Verwaltung vorantreiben

Wir wollen den Brandenburgerinnen und Brandenburgern endlich eine schnelle und effiziente Kommunikation mit der Verwaltung ermöglichen.

- Wir werden den Umgang mit Behörden erleichtern und diese konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen nicht mehr zu verschiedenen Behörden müssen, um etwas zu erledigen, sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt, an dem alles Nötige erledigt werden kann.
- Wir werden basierend auf dem Onlinezugangsgesetz und dem Datencockpit eine digitale Bürgerplattform entwickeln. Mit diesem Instrument behalten Bürgerinnen und Bürger die Souveränität über die eigenen Daten und können diese unkompliziert in neue Verfahren integrieren. Das gilt für die Beantragung eines neuen Personalausweises ebenso wie für Baugenehmigungen. Die Nutzung der Plattform wird über verschiedene Wege wie Portale, Apps und Messenger möglich sein.
- Wir wollen die Vorreiterrolle beim neuen Onlinezugangsgesetz 2.0 einnehmen. Wir fordern, dass das Land Brandenburg alle notwendigen Fachanwendungen inklusive Zugang für die Behördendigitalisierung bis Ende 2027 zur Verfügung stellt.

- Wir unterstützen die Empfehlung des Nationalen Normenkontrollrats für ein „IT-Kaufhaus“ für Behörden. In diesem erweiterten App-Store sollen mit den Standards des föderalen IT-Verbundes kompatible und vorgeprüfte IT-Lösungen unkompliziert durch Behörden und Kommunen beschafft werden können. Spezifikation und Programmcode von Eigenentwicklungen der Behörden sollen öffentlich einsehbar sein und von anderen Behörden genutzt werden können (Open-Source-Prinzip).
- Wir werden zusätzlich direkte Online-Bezahlungsfunktion auf Behördenseiten im Internet einrichten. Diese muss Banküberweisungen, Kartenzahlungen und andere etablierte Zahlungsverfahren unterstützen und direkt verarbeiten. Die Wirtschaft macht es vor: Fast auf jeder Geschäftsseite im Internet wird eine Zahlung mit verschiedenen Verfahren angeboten. Nutzerinnen und Nutzer bekommen unmittelbar eine Bestätigung des Zahlungseingangs und der Vorgang kann direkt weitergehen.

Digitale Infrastruktur ausbauen

Eine schnelle Internetanbindung bedeutet Lebensqualität für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger. Es ist Voraussetzung für erfolgreiche Unternehmen sowohl im ländlichen Raum als auch in der Metropolregion um Berlin.

- Den Breitbandausbau werden wir konsequent und mit Priorität vorantreiben. Für die Versorgung der Fläche werden wir die Vereinfachung von Bauvorschriften prüfen.
- Wenn möglich und sinnvoll, wollen wir freies WLAN im öffentlichen Raum fördern. Etwa in staatlichen Gebäuden oder auch in Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Aktualisierung der Mobilfunkförderung und für Negativauktionen ein, um ein flächendeckend schnelles Mobilfunknetz zu erhalten.
- Wir fordern, dass für Menschen ohne Technologiezugang in jeder Gemeinde oder Stadt ein öffentliches kostenfreies Internetterminal zur Verfügung gestellt wird. Das Internet ist heute ein Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss auch für Menschen in Not ein kostenfreier Zugang möglich sein.

Konsequente Trennung von Kirche und Staat

Wir setzen uns für eine konsequente Trennung von Kirche und Staat ein. Unser Ziel ist die im Grundgesetz verankerte Bekenntnis- und Glaubensfreiheit in einem weltanschaulich neutralen Staat ohne Bevorteilung einzelner Religionsgemeinschaften.

- Das Tanzverbot an „stillen Feiertagen“ werden wir abschaffen. Derzeit sind öffentliche Unterhaltungsveranstaltungen mit fröhlichem Charakter an bestimmten Feiertagen untersagt.
- Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle im Kirchengeschehen darf nicht allein den Kirchen überlassen werden. Insbesondere bei der Strafverfolgung darf es keine falsche Rücksichtnahme geben. Versäumnisse der staatlichen Institutionen von Staatsanwaltschaften bis zu den Jugendämtern in diesem Kontext werden wir einer unabhängigen, externen Überprüfung unterziehen lassen und konsequent aufklären.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk verschlanken

Eine starke Demokratie braucht unabhängigen und qualitativ hochwertigen Journalismus. Wir bekennen uns daher im Grundsatz zur Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Opulente Strukturen, zweifelhafte Programmentscheidungen und ein ausufernder Finanzbedarf führen jedoch dazu, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in das öffentlich-rechtliche System verlieren. Wir wollen die Initiative ergreifen und eine umfassende Reform des ÖRR auf den Weg bringen. Mit weniger Sendern, geringeren Beiträgen und einem strafferen Auftrag machen wir den Rundfunk fit für die Zukunft.

- Die Verwaltungsräte der Landesrundfunkanstalten werden wir mit unabhängigen Wirtschaftsprüfern besetzen.
- Das Nebeneinander von ARD, ZDF und Deutschlandradio werden wir beenden und sie stattdessen miteinander fusionieren. Die Anzahl der Landesrundfunkanstalten werden wir senken. Die Landesrundfunkanstalten haben künftig ausschließlich redaktionelle und die dafür technisch notwendigen Dienstleistungen zu erbringen. Verwaltungsaufgaben sind bundesweit zu bündeln.

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf seinen Marken- und Wesenskern konzentrieren: Information und Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unterhaltung nicht länger Teil seines Auftrags ist.
- Die Zahl der Rundfunkprogramme von derzeit 21 Fernsehsendern, 83 Radiosendern und über 70 Online-Formaten des „Funk“-Netzwerks ist drastisch zu reduzieren. Insbesondere jene Online-Inhalte, die nicht zum Kernauftrag des ÖRR gehören und/oder zugleich bereits von Privaten angeboten werden, sollen ersatzlos entfallen. Die öffentlich-rechtlichen Angebote sollen in einer gemeinsamen Mediathek geführt werden.
- Die Rundfunkanstalten haben ausschließlich ihrem Auftrag zu folgen. Sie haben so zum Beispiel künftig keine Kunstsammlungen zu führen oder zu erweitern. Sie haben nicht als Veranstalter von Großereignissen wie Konzerten aufzutreten.
- Die Erhebung des Rundfunkbeitrags muss sozial ausgewogen erfolgen. Erhöhungen des Rundfunkbeitrags sind in der aktuellen Situation auszusetzen.
- Wir unterstützen die regelmäßige Durchführung einer unabhängigen Studie, die Daten über politische Parteinähe und Tendenzen in der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen System erhebt und veröffentlicht.
- Die Beitragszahlerinnen und -zahler sollen künftig mehr Mitsprachemöglichkeiten in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten.

Politik, die rechnen kann

Brandenburg braucht einen handlungsfähigen und leistungsfähigen Staat, der seine Aufgaben wahrnimmt und gleichzeitig Handlungsspielräume für die Gestaltung der Zukunft schafft. Hierfür sollen die Steuereinnahmen ausreichen. Denn eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik unter Einhaltung der Schuldenbremse ist für uns Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Es sind klare Prioritäten für Zukunftsprojekte zu setzen und die Zielgenauigkeit der Maßnahmen regelmäßig zu prüfen. Das gebietet der Respekt vor der Leistung von Menschen und Unternehmen, welche die Steuern erwirtschaften. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die rechnen kann.

Entlastung der Menschen und Unternehmen

Deutschland ist Spitzenreiter bei der Steuer- und Abgabenlast. Die Landespolitik darf die starken Schultern der Menschen und Unternehmen nicht zusätzlich immer weiter belasten. Wir setzen uns daher für die gezielte Entlastung ein, um Wohlstand der Menschen zu sichern und wirtschaftliches Wachstum in Brandenburg zu ermöglichen.

- Nach den herausfordernden Krisen der vergangenen Jahren werden wir ein Belastungsmoratorium einführen. Wir erteilen weiteren Belastungen durch höhere oder neue Steuern eine Absage und setzen uns für gezielte Entlastungen ein. Damit werden wir die Weichen für ein Jahrzehnt des Erwirtschaftens stellen.
- Wir werden den Traum der eigenen vier Wände leichter erreichbar machen, indem wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag für den Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie von 400.000 Euro pro Person bzw. 800.000 Euro pro Familie einführen. Die Grunderwerbsteuer werden wir schrittweise von 6,5 Prozent auf 3,25 Prozent halbieren, damit der Staat bei bereits stark gestiegenen Immobilienpreisen den Grunderwerb nicht noch zusätzlich verteuert.
- Die veränderte Grundsteuer belastet Grundeigentümer und Mieter sowie die Verwaltung. Wir werden als Berechnungsgrundlage die alleinige Nutzung des Bodenrichtwertes prüfen. Dem Versprechen der Aufkommensneutralität der Grundsteuer fühlen wir uns verpflichtet. Damit Kommunen die eigenen Hebesätze zur Neutralität anpassen können, werden wir den Rahmen über eine zügige Reform der Schlüsselzuweisungen den Rahmen dafür schaffen,

dass Kommunen die eigenen Hebesätze zur Neutralität anpassen können. Die Grundsteuererklärung muss den Bürgerinnen und Bürgern bereits vorausgefüllt zur Verfügung gestellt werden. Alle in den Verwaltungen bereits vorhandenen Daten müssen schon eingepflegt sein.

- Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig Steuerfreibeträge jährlich automatisch an die Inflation angepasst werden. Fairness zwischen dem Staat und den Steuerzahlern darf nicht vom guten Willen der Politik abhängen.
- Wir werden das Steuerrecht vereinfachen und überprüfen die Notwendigkeit und Höhe von Gebühren. Das entlastet die Menschen und spart Bürokratie- und Personalkosten ein. Kleinststeuern werden wir ersatzlos abschaffen.
- Wir werden eine Landesinitiative zur Reduzierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags auf Bundesebene einbringen. Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes muss auch die Erhebung der als temporäre Zusatzsteuer geschaffenen Solidaritätszuschlags enden.

Solide Finanzen

Die Krisen und politischen Entscheidungen der letzten Jahre haben den Landeshaushalt hart getroffen. Wir werden die Einhaltung der Schuldenbremse durchsetzen und mit Priorisierung von Ausgaben den Pfad der Konsolidierung einleiten. Statt Mehrbelastungen von Menschen und Betrieben werden wir die Ausgabendisziplin erhöhen und die Effizienz im Landeshaushalt steigern.

- Die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Eckpfeiler für unsere generationengerechte Politik. Die Schuldenbremse ist nicht nur ein Gebot unserer Verfassung, sondern auch eine Frage der ökonomischen Klugheit. Damit wollen wir die durch Altschulden schwer belasteten Rucksäcke kommender Generationen erleichtern und mehr Freiraum ermöglichen.
- Wir werden die Landesverschuldung reduzieren und in der mittelfristigen Finanzplanung einen Tilgungsplan implementieren. Jahresüberschüsse werden mindestens zur Hälfte in die Schuldentilgung fließen.
- Die Landeseinnahmen werden wir durch Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum steigern, nicht durch Steuererhöhungen. Wir orientieren uns hierzu an marktwirtschaftlichen

Prinzipien und setzen auf technischen Fortschritt und verbesserte Standortbedingungen für Unternehmensinvestitionen.

- Wir fordern die Einführung einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung. Staatsausgaben müssen ziel- und wirkungsgenau geplant und umgesetzt werden. Über Wirkungsindikatoren muss in regelmäßigen Abständen der Grad dieser Zielerreichung gemessen werden und eine Nachsteuerung erfolgen.
- Durch eine hohe Ausgabendisziplin und eine klare Prioritätensetzung werden wie die Investitionsquote erhöhen. Brandenburgs Infrastruktur, Schulen, KiTas und Polizeigebäude haben erheblichen Sanierungsbedarf und bedürfen einer vorrangigen Modernisierung.
- Das Management offener Stellen in der Landesverwaltung muss auch vor dem Hintergrund des zunehmenden demografiebedingten Fach- und Arbeitskräftemangels flexibel gestaltet werden. Offene Stellen sind vorrangig zu besetzen oder umzuwidmen, bevor weitere Stellen in einem Verwaltungsbereich geschaffen werden. Durch Digitalisierung und Automatisierung werden wir personalintensive Prozesse entlasten, um andere Aufgaben bewältigen zu können oder Kosten zu reduzieren.
- Jede Leistung der Finanzverwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen analog angeboten wird, soll bis Ende 2028 auch digital und in leichter Sprache zur Verfügung stehen.
- Wir werden auch die Chancen von Künstlicher Intelligenz bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Finanzkriminalität beispielsweise bei der Ermittlung des Umsatzsteuerbetruges nutzen.
- Unternehmertum wird in der privaten Wirtschaft benötigt. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Wir werden alle Landesbeteiligungen kritisch prüfen und unternehmerische Tätigkeiten des Landes reduzieren. So werden wir beispielsweise die Brandenburgische Grund und Boden GmbH privatisieren. Die Erlöse der Privatisierungen werden für Zukunftsinvestitionen und die Tilgung von Schulden verwendet. Durch die Privatisierung der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg werden wir die Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen vor einem Milliardengrab bewahren und geben dem Flughafen BER die Chance zu einem Neustart..

- Um die Effizienz der Förderprogramme in Brandenburg sicherzustellen, fordern wir die Erstellung eines jährlichen Förderberichts. Dieser soll für jedes Förderprogramm Bewertungsmaßstäbe wie die Abrufquote, eine Kosten-Nutzen-Analyse und den Grad der Zielerreichung enthalten. Wir werden die Anzahl an Programmen reduzieren und die mit der Beantragung verbundenen bürokratischen Hürden senken. Förderprogramme sollen ihren Nutzen gezielt erfüllen und auch abgerufen werden.
- Wir werden das Beauftragtenwesen reformieren. Landesaufgaben sollen primär durch die Landesregierung oder nachgeordnete Behörden verwirklicht werden. So werden wir beispielsweise die Positionen des Polizeibeauftragten und des Lausitzbeauftragten abschaffen, um Personalkosten zu sparen und Verwaltungsprozesse zu vereinfachen.
- Der Landesrechnungshof ist eine wichtige Institution zur Prüfung, Kontrolle und Transparenz des Regierungshandelns. Wir werden die Kompetenzen des Landesrechnungshofes erweitern und seinen Aufgaben entsprechend ausstatten.
- Das Land Brandenburg besitzt unmittelbar und mittelbar zahlreiche Grundstücke und Flächen, die weder heute noch in Zukunft benötigt werden. Diese Flächen sollen privatisiert und einer Nutzung zugeführt werden.
- Wir werden im Landeshaushalt mit der Doppik die doppelte Buchführung auf den Weg bringen. Das Land kann hier von den Erfahrungen der Kommunen profitieren.
- Öffentliche Vergabeverfahren einschließlich Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir signifikant vereinfachen, um Kosten zu senken und einem größeren Kreis von Anbietern wieder mehr Beteiligungschancen zu ermöglichen. Über eine Bundesratsinitiative werden wir uns dafür einsetzen, um die Vergabe von Aufträgen flexibler zu gestalten.

Starke Kommunen für ein starkes Land

Brandenburg ist nur so stark und leistungsfähig wie seine Kommunen. Wir werden die Aufgaben der staatlichen Ebenen und die damit verbundene Finanzierung reformieren. Dabei respektieren wir die Kreisgrenzen und werden die Verwaltung dezentraler, digitaler und bürgernäher aufstellen.

- Aufgaben, die an Kommunen abgegeben werden, müssen vollständig ausfinanziert werden. Wir werden die Landeszuweisungen zukünftig anhand der tatsächlichen Aufwendungen der

Kommunen berechnen und nicht wie bisher anhand von Planzahlen. Darüber hinaus werden wir eine automatische Anpassung an inflationsbedingte Kostensteigerungen einführen.

- Mittel, die von der Bundesebene für die Erfüllung von Aufgaben in den Kommunen bereitgestellt werden, müssen in voller Höhe durch das Land an die Kommunen weitergegeben werden. Durch das Land übertragene Aufgaben an die Kommunen werden nach Fallzahlen und dem tatsächlichen Aufwand abgerechnet.
- Gemeinsam mit den Landkreisen, kreisfreien Städten sowie kreisangehörigen Kommunen werden wir eine umfassende Aufgabenkritik durchführen mit dem Ziel, Verwaltung dezentraler und damit bürgernäher aufzustellen oder Aufgaben auch ganz entfallen zu lassen. Hierbei lassen wir Kreisgrenzen und -zugehörigkeiten unberührt.
- Die Potentiale der Digitalisierung werden wir nutzen, um die Entbürokratisierung voranzutreiben und Verfahren zu beschleunigen. Die Einspareffekte werden wir an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weitergeben.

Strukturwandel meistern, Metropolregion gestalten, Nachbarschaft pflegen

Brandenburgs unterschiedliche Regionen sind eine große Stärke und Herausforderung zugleich. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes und die Bewahrung der unterschiedlichen Identitäten. Brandenburg kann beides: Metropolregion und ländlicher Raum. Diese Unterschiedlichkeit verdient eine größere Beachtung und Förderung durch die Landespolitik.

- Wir werden die Chancen des Strukturwandels in der Lausitz ergreifen und die Potentiale der Region heben. Auf die Einhaltung von Zusagen des Kohlekompromisses werden wir drängen und die zur Verfügung gestellten Finanzmittel vollständig abrufen. Um die Eigenanteile in den Kommunen aufbringen zu können, erteilen wir einem vorzeitigen Ende des Prozesses eine klare Absage.
- Landesbehörden werden wir, sofern möglich und sinnvoll, in allen Regionen des Landes etablieren und nicht nur in der Landeshauptstadt konzentrieren.
- Berlin liegt im Herzen Brandenburgs. Auch wenn wir die Fusion beider Länder ablehnen, wollen wir die Zusammenarbeit intensivieren, um beispielsweise die gemeinsame Planung von Infrastrukturprojekten zu verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die

parlamentarische Konferenz öfter tagt und zukünftig die länderübergreifende Gestaltung der Metropolregion in gemeinsamen Ausschüssen und gemeinsamen Sitzungen beider Landesparlamente stattfindet. Das gemeinsame Interesse am Erfolg der Metropolregion insgesamt ist größer als die unterschiedlichen Interessen in Einzelfragen. Wir werden gemeinsam mit Berlin einen Masterplan für die Metropolregion mit dem Ziel der gemeinsamen Clusterpolitik, integrierter Planung und Infrastrukturentwicklung entwerfen und fortentwickeln.

- In einigen Regionen des Landes sind Leipzig, Dresden, Stettin oder Schwerin näher als Potsdam oder Berlin. Wir werden die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern intensivieren, um das Leben und Arbeiten zu erleichtern und alle Landesteile gleichermaßen zu unterstützen.

Nachhaltigkeit durch Innovation

Um Nachhaltigkeit zu erreichen, sind Innovationen essentiell. Neue Technologien ermöglichen es, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander zu vereinbaren. Wir verfolgen einen technologieoffenen und digitalen Ansatz. Die Digitalisierung bietet bedeutende Möglichkeiten, das Leben zu vereinfachen und unsere Wirtschaft nachhaltiger sowie zukunftsfähiger zu gestalten. Nach einer Phase des Stillstands in der Digitalpolitik setzen wir nun auf beschleunigte Fortschritte in der digitalen Entwicklung.

Neue Energie für Brandenburg

Wir haben das Ziel, Brandenburg als einen zentralen Energiestandort zu erhalten, indem wir das reichhaltige Potenzial des Landes in den Bereichen Wind-, Solar- und Wasserstoffenergie nutzen. Als Flächenland und Pionier in Erneuerbaren Energien streben wir danach, Brandenburg an der Spitze der klimafreundlichen Energiewende zu etablieren.

- Wir engagieren uns dafür, in Brandenburg Industriearbeitsplätze zu schaffen, indem wir ansiedlungsinteressierten Unternehmen ein hohes Angebot an grundlastfähiger nachhaltiger Energie zur Verfügung stellen.
- Das Land wird mit uns ein wichtiger Energieexporteur bleiben. Unser Ziel ist es, das Potenzial unserer Fläche vollständig auszuschöpfen und in den Bereichen Wind, Solar und Wasserstoff zu investieren.
- Einen einseitigen vorzeitigen Kohleausstieg lehnen wir ab. Es erfordert Zeit, die Energieversorgung der Bundesrepublik umzustellen und dabei die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Auch die Realisierung der Infrastrukturprojekte und Unternehmensansiedlungen, um den Strukturwandel in der Lausitz zu gestalten, sind noch nicht abgeschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lausitz weiterhin eine wichtige Energieregion bleibt. Eine Veränderung des Kohleausstiegspfads kann nur zusammen mit allen beteiligten Partnern (Bund, Land, Kommunen und Unternehmen) erfolgen.
- Wir engagieren uns für einen beschleunigten Anschluss der brandenburgischen Industrie- und Energiestandorte an das Gas- und Wasserstoffnetz, um eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen.

- Die Wärmewende bildet in der Energiewende die größte Herausforderung und betrifft fast jeden Haushalt. Wir werden die Kommunen intensiv bei der Entwicklung passgenauer Konzepte unterstützen, die die Bevölkerung nicht überfordern.

Wasserstoffland Brandenburg

Wir sehen das große Potenzial von Wasserstoff und setzen uns dafür ein, Brandenburg in ein führendes Wasserstoffland zu transformieren. Unser Fokus liegt dabei auf der Produktion, dem Transport und der Weiterverarbeitung zu synthetischen Stoffen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass sich Brandenburg zu einem zentralen Standort entwickelt, an dem Methan, Ammoniak und synthetische Treibstoffe synthetisiert werden. Dieser Schritt ist entscheidend, um die Energieversorgungssicherheit zu stärken.
- Wir werden eine Strategie für eine flächendeckende Wasserstoff-Transportinfrastruktur entwickeln, um sicherzustellen, dass auch Regionen, die Wasserstoff nicht selbst herstellen können, versorgt werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass bei den geplanten Pipelines für den Transport von Öl aus Polen und Kasachstan von Anfang an die Eignung für den Wasserstofftransport berücksichtigt wird, um zukünftige Anpassungsfähigkeit zu gewährleisten.
- Wir engagieren uns dafür, zügige Genehmigung von Kavernen für die Wasserstoffspeicherung zu ermöglichen und die Umnutzung bestehender Erdgaskavernen zu erlauben. Beschleunigte Genehmigungsverfahren sollen zu einem Markenzeichen unseres Engagements in Brandenburg werden. Weiterhin setzen wir uns für die Festlegung klarer Ausbauziele für eine flächendeckende Versorgung mit Wasserstofftankstellen in Kooperation mit Kreisen und Kommunen ein.
- Wir werden die Kreise und Kommunen bei der Entwicklung ihrer Wasserstoffwirtschaft unterstützen, indem wir die Erstellung von Wasserstoffbedarfsplänen und Konzepten für Erzeugung, Verteilung und Nutzung fördern. Dies geschieht mit Hilfe eines landesweiten „Kompetenznetzwerks Wasserstoff“. Die Landkreise sollen in ihren Plänen Bedarfe, Nutzungen und Ausbaupläne konkretisieren.

- Wir befürworten die Nutzung von Wasserstoff als Treibstoff in der ÖPNV-Flottenumrüstung bis 2026 und unterstützen den technologieoffenen Wettbewerb für Fahrzeuganschaffungen, ohne Festlegung auf eine bestimmte Technologie wie Batterieantriebe. Dabei soll die wirtschaftliche Effizienz der Antriebsform entscheidend sein.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass an brandenburgischen Hochschulen, wie der BTU Cottbus-Senftenberg, Studiengänge in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Energiewirtschaft und Betriebswirtschaft mit Fokus auf Wasserstofftechnologie etabliert werden.
- Wir werden einen „Forschungspreis Wasserstoff“ in Brandenburg initiieren, um Innovationen in diesem Bereich zu fördern. Dabei wird das Land sich die Nutzungsrechte an den durch diesen Preis geförderten Verfahren und Technologien sichern.

Klima- und Umweltschutz stärken

Wir sind der Überzeugung, dass Klimaschutz und Wachstum kein Widerspruch sein müssen. Daher setzen wir in unserer Umwelt- und Klimapolitik auf Forschung und Innovation. Wir glauben fest daran, dass Nachhaltigkeitsziele durch den Wettbewerb der besten Ideen und nicht durch unwirksame Verbote erreicht werden. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Herausforderung, der wir mit nachhaltigen Lösungen begegnen wollen, ohne dass dies zwangsläufig Verzicht bedeutet.

- Wir engagieren uns für den Aufbau einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft in Brandenburg, die sich auf die Speicherung und Nutzung von CO₂ konzentriert. Dies ist ein entscheidender Schritt hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft, realisierbar durch CCUS-Technologien (Carbon Capture, Use and Storage), welche das Speichern von Kohlendioxid im Untergrund umfassen.
- Wir setzen uns aktiv für den Schutz bestehender Brandenburger Moore ein, da sie als effektive CO₂-Speicher und Arten-Hotspots eine Schlüsselrolle im Natur- und Klimaschutz spielen. Die Voraussetzungen für die Wiedervernässung von Mooren werden wir auf den Prüfstand stellen. So dürfen durch die Vernässung von Mooren der Landwirtschaft keine notwendigen Flächen entzogen werden. Ebenso sind Konflikte um Wasserressourcen zur Trinkwasserbereitstellung zu vermeiden. Der Vorrang der Daseinsvorsorge muss gewahrt

bleiben. Weitere Auswirkungen für die betroffenen und angrenzenden Regionen und auf die zu vernässenden Flächen sind im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu prüfen, wie auch die Interessen von Eigentümern und Nutzern zielgerichtet abzuwägen sind.

Forstpolitik von morgen

Wir setzen uns dafür ein, die durch Schädlinge, Brände und Klimawandelfolgen beeinträchtigten Wälder Brandenburgs zu erneuern und umzugestalten. Unser Ziel ist es, einen klimaangepassten und umweltfreundlichen Waldumbau zu fördern, ohne den wirtschaftlichen Nutzen zu vernachlässigen.

- Wir engagieren uns dafür, die Balance zwischen optimaler Baumartenmischung und gewinnorientierter Bewirtschaftung zu finden, um so auch der Industrie die Möglichkeit zu geben, zum nachhaltigen Erhalt der Wälder beizutragen. Dies umfasst Maßnahmen wie die Neugestaltung von Waldrändern mit Büschen und Sträuchern sowie die natürliche Verjüngung während Bewirtschaftungspausen. Wir lehnen zunehmende Bewirtschaftungseinschränkungen und Stilllegungen von Wäldern sowie den Bau von Windkraftanlagen in intakten Waldgebieten ab.
- Wir setzen uns dafür ein, bestehende Förderprogramme durch Entbürokratisierung zugänglicher zu machen, statt neue zu schaffen. Unser Ziel ist es, die Landesforstverwaltung zu transparenterer Kommunikation und Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen und Verbänden zu bewegen, um ein gemeinschaftliches Konzept für Waldentwicklung zu fördern. Zudem streben wir die Stärkung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen und Kleinprivatwäldern an.
- Wir setzen uns dafür ein, deutlich mehr finanzielle Mittel bereitzustellen, um Kampfmittel in Brandenburgs Wäldern zu finden und zu beseitigen, wodurch Brandursachen reduziert werden. Außerdem streben wir die Verstärkung des spezialisierten Personals im Bereich der Waldbrandbekämpfung an.
- Wir engagieren uns für die flächendeckende Einführung heimischer Baum- und Buscharten, um widerstandsfähige Mischkulturen und damit klimaresistentere Wälder zu schaffen. Dies umfasst das Aufbrechen von dichten Kieferkulturen und die Einbeziehung von Mischarten. Zudem prüfen wir den Einsatz hitze- und trockenresistenter Laubbäume aus südlichen Regionen Europas.

Jagdrecht modernisieren

Wir werden das Jagdrecht modernisieren und einen Kompromiss zwischen der Land- und Forstwirtschaft und den Jägerinnen und Jägern finden. Für uns sind der Wirtschaftskreislauf und das Nachhaltigkeitsmanagement kein Widerspruch, sondern eine gemeinsame Aufgabe aller Akteure.

- Wir werden das Jagdrecht um Tierarten wie den Wolf und Biber erweitern, um die heimische Population dieser Arten in einem erträglichen Rahmen zu halten. Eine Verkleinerung der Liste der jagdbaren Tiere lehnen wir ab.
- Wir werden die Förderung für Präventionsmaßnahmen vor Rissen und Schäden stärken und individualisieren.
- Um Weidetierhalter und Waldbesitzer rechtliche Sicherheit zu geben, werden wir ein Wildtierentschädigungsgesetz auf den Weg bringen, welches Entschädigungen regelt. Unser Fokus liegt jedoch auf der besseren Prävention.
- Eine Jagdsteuer lehnen wir ab.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Freiheit bringt stets Verantwortung mit sich und kennt keine Grenzen. Die aktuellen globalen Ereignisse, wie der rechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine, die Unruhen im Iran und die Politik eines immer autoritärer werdenden Chinas, verdeutlichen, dass Freiheit und Menschenrechte nicht als gegeben angesehen werden können. Unser Ziel ist es, diese Werte durch eine zeitgemäße Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Bildung enger Partnerschaften mit Demokratien weltweit.

Migration, Asyl & Integration

Wir stehen für ein weltoffenes Brandenburg, in dem jeder willkommen ist, der Leistung einbringen will und sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt. Es gibt die Notwendigkeit von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, um den Fach- und Arbeitskräftemangel in Brandenburg zu begegnen. Daher setzen wir uns dafür ein, qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die irreguläre Migration in Brandenburg zu verringern.

- Wir stehen fest hinter dem Grundsatz, dass jeder berechtigte Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz erfüllt wird. Zusätzlich wollen wir qualifizierten ausländischen Fachkräften, die festgelegte Kriterien erfüllen, die Einwanderung und die Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfachen.
- Wir unterstützen die Einführung einer bundesweiten Bezahlkarte, mit der Asylbewerber ihren täglichen Lebensbedarf im regionalen Einzelhandel decken können, aber keine Rücküberweisungen in Herkunftsländer möglich sind. Damit werden wir einen wesentlichen Anreiz zur Einreise in die Sozialsysteme abschaffen.
- Wir setzen uns für die Erstellung eines flächendeckenden Einwanderungs- und Integrationsplans in Brandenburg ein, der spezifisch auf die Bedürfnisse der einzelnen Regionen und Kommunen zugeschnitten ist und sowohl strukturell als auch personell unterstützt wird. Dieser Plan soll in enger Abstimmung mit den Regionen, politischen Gremien, regionalen Institutionen, Verbänden und Bürgervertretern entwickelt und jährlich

aktualisiert werden, um eine erfolgreiche und für alle Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs vorteilhafte Einwanderung in den Kommunen zu gewährleisten.

- Um die Integration zu beschleunigen und über das berufliche Umfeld hinaus Synergien zu schaffen, werden wir ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger gezielt in lokale ehrenamtliche Strukturen einbinden. Dies umfasst die Einbindung in Sportvereine sowie in soziales und gesellschaftlich relevantes Engagement wie Feuerwehr und THW, um bestehende Defizite in den Kommunen mittel- bis langfristig auszugleichen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Asylverfahren in Ausländerbehörden und an Verwaltungsgerichten jeweils maximal drei Monate dauern dürfen. Langwierige Prozesse stellen eine Belastung für alle Beteiligten und die Verwaltung dar und müssen beendet werden. Gleichzeitig ist klar, dass Personen ohne Bleiberecht Deutschland verlassen müssen, da Asyl speziell Schutzbedürftigen vorbehalten ist. Für alle anderen gelten die Regelungen des deutschen Einwanderungsrechts.
- Wir engagieren uns dafür, die Liste der sicheren Herkunftsländer zu erweitern. Insbesondere werden wir im Bundesrat darauf hinwirken, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen.
- Sprach- und Integrationskurse werden flächendeckend und kostenlos angeboten. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem neben der Vermittlung von Deutschkenntnissen auf dem Niveau B1 sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens. Durch ein ausreichend großes Angebot an Deutschkursen auf dem Niveau B2 und C1 (digital oder in Präsenz) sorgen wir dafür, dass die Sprachfähigkeit für berufliche Tätigkeit zügig erreicht werden kann.
- Eine Zweckentfremdung von Gemeindeeinrichtungen zur Unterbringung von Asylsuchenden lehnen wir ab.
- Wir setzen uns für die Einführung eines vorbereitenden Jahres vor dem ersten Schuljahr für junge Migranten ein, um zu gewährleisten, dass diese Kinder im alltäglichen Schulleben keinen Nachteil erfahren.

- Wir setzen uns für eine konsequente Rückführungsoffensive in Brandenburg ein, um die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Flüchtlinge in der Metropolregion effektiv zu reduzieren. Dabei erkennen wir, dass sowohl Berlin als auch Brandenburg in der Durchsetzung rechtsstaatlicher Maßnahmen Handlungsbedarf haben.
- Landeseigene Abschiebehaftplätze sehen wir als dringend notwendig an, um die Rückführung, insbesondere von Gefährdern, sicherzustellen.

Brandenburg für die Welt öffnen

In Brandenburg leben Menschen verschiedenster Herkunft zusammen, und wir Freie Demokraten sehen darin eine Chance, eine lebendige Einwanderungsgesellschaft zu gestalten. Wir möchten weltweit Menschen anwerben, deren Engagement Brandenburg bereichert. Für die Zukunft setzen wir uns für eine gezielte und qualifizierte Einwanderungspolitik ein, die unserem Land zugute kommt.

- Wir engagieren uns aktiv für die Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Europa und anderen Ländern. Um dies zu erreichen, werden wir gezielte Anwerbungsprogramme initiieren, beispielsweise über die brandenburgischen Auslandsbüros.
- Wir setzen uns für die Digitalisierung der Beantragung und Bearbeitung von Visaverfahren ein, einschließlich einer deutlich beschleunigten Terminvergabe. Unser Ziel ist es, ein Visum innerhalb von vier Wochen auszustellen, um die Verfahrenseffizienz zu steigern
- Wir werden Englisch als zweite Verwaltungssprache in Behörden einführen, um die Verfahren in den Ämtern zu vereinfachen und zugänglicher zu gestalten.

Zusammenarbeit mit Polen intensivieren

Spätestens seit der Ansiedlung von Tesla und der damit verbundenen massiven Suche nach Fachkräften in Polen, wird unser Nachbarland für Brandenburg immer wichtiger. In der grenzübergreifenden Zusammenarbeit liegt viel Potential.

- Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit Polen eine Austauschplattform zu entwickeln, auf der wir wichtige Bau- und Infrastrukturprojekte gemeinschaftlich umsetzen. Ziel ist es, den öffentlichen Personennahverkehr über die Grenzen hinweg zu planen und zentrale Projekte sowie Stadtentwicklungsprozesse beidseitig zu koordinieren.

- Unser Ziel ist es, durch diese Bildungseinrichtungen ein starkes Zeichen für kulturellen Austausch und gegenseitiges Verständnis zu setzen. Deshalb engagieren wir uns dafür, das Potenzial gemeinsamer Schulen auf deutscher und polnischer Seite voll auszuschöpfen.
- Wir setzen uns dafür ein, für Behörden in der Grenzregion verstärkt polnische Mitarbeiter zu gewinnen.

Solidarität mit der Ukraine

Die Freiheit Europas wird in der Ukraine verteidigt. Der Angriff Russlands auf die Ukraine erfolgte, da sich das Land in Richtung Europa, Demokratie und Selbstbestimmung orientierte. Wir verurteilen diesen Bruch des Völkerrechts und stehen entschlossen und solidarisch an der Seite der ukrainischen Bevölkerung.

- Wir setzen uns weiterhin entschlossen dafür ein, die Ukraine und ihre Bevölkerung weiterhin mit finanziellen Mitteln, humanitärer Hilfe und allen notwendigen Waffen zu unterstützen, die für ihre Verteidigung erforderlich sind.
- Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, werden selbstverständlich und unkompliziert in unserem Land aufgenommen. Unser Ziel ist es, ihnen Wohnungen, Arbeit, Betreuung und Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Dazu gehört, dass wir weiterhin unbürokratisch Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erteilen, Abschlüsse anerkennen und ukrainischsprachige Betreuungs- und Beschulungsangebote bereitstellen.
- Wohnsitzauflagen werden komplett abgeschafft und die Vermittlung sowie Finanzierung von Privatwohnungen erleichtert. Zudem verpflichten wir uns, die Ukraine nach dem Krieg beim Wiederaufbau zu unterstützen.
- Wir setzen uns für die Unterstützung des ukrainischen Wunsches nach einem Beitritt zur EU und NATO ein, um zukünftige Angriffe zu verhindern. Des Weiteren engagieren wir uns für die Stärkung kommunaler Partnerschaften, wie zwischen Teltow und Khotyn, um die Ukraine auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu unterstützen.

Bundeswehr in Brandenburg den Rücken stärken

Wir bekennen uns zur Unterstützung unserer Truppe und setzen uns dafür ein, die Bundeswehrstandorte in Brandenburg zu erhalten und sie attraktiver zu gestalten.

- Wir setzen uns für die Unterstützung des Bundes und der Bundeswehr bei der Sanierung von Bundeswehrstandorten ein. Unsere Maßnahmen umfassen:
 - Die Verkürzung von Bearbeitungszeiten durch Nutzung von innovativen Wiederholungs- und Standardplanungen in der Brandenburger Bauverwaltung.
 - Die Möglichkeit, in begründeten Notfällen Bauvorhaben der Bundeswehr bei der Brandenburger Bauverwaltung zu priorisieren.
 - Zudem werden wir die Kapazitäten der Kinderbetreuung durch die Schaffung neuer Einrichtungen oder Kooperationen mit lokalen Anbietern deutlich ausweiten.



ViSdP

FDP Brandenburg
Dortustraße 53
14467 Potsdam

Telefon: 0331 – 29 16 41
E-Mail: lvbrb@fdp.de
Internet: www.fdp-brandenburg.de